EUROPA gestalten

Jüngste Erfolge des EWSA

AUSGABE 2015

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

© Architecture: Art & Build + Atelier d'architecture Paul Noël

EUROPA gestalten

Jüngste Erfolge des EWSA

EINLEITUNG

Die EU braucht den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) verabschiedet keine Gesetze. Seine Aufgabe liegt darin, praxisnahes Fachwissen in die Politikgestaltung der EU einzubringen, indem er den gesetzgebenden Organen eine gute, fundierte Beratung bietet.

Der EWSA wurde vor über 50 Jahren gegründet, um den europäischen Bürgerinnen und Bürgern über deren repräsentative Verbände eine Stimme zu geben. Die Beratung erfolgt in Form fachlicher "Stellungnahmen", in denen die Erfahrung und die Standpunkte eines breiten Spektrums der Gesellschaft zusammengefasst werden, unter anderem von Vertretern der Arbeitgeber (Gruppe I), der Arbeitnehmer (Gruppe II), der freien Berufe und von Vereinigungen, die unterschiedlichste Interessen abbilden, inbesondere im wirtschaftlich-sozialen und im bürgerschaftlichen Bereich (Gruppe III). Die Stellungnahmen werden von den 350 Mitgliedern des Ausschusses auf ihren Plenartagungen verabschiedet und tragen zu einer höheren Qualität der EU-Politik bei.

Der Ausschuss ist jedoch viel mehr als nur ein Rädchen im Getriebe des Gesetzgebungsverfahrens. Er ist ein einzigartiger Kanal für die aktive Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Entwicklung Europas, der bis auf die höchste Ebene hinaufreicht. Er verleiht dem Prinzip der partizipativen Demokratie in der EU konkreten Ausdruck und fördert eine "aktive Unionsbürgerschaft" und die soziale Solidarität. Die partizipative Demokratie bietet Raum für Teilnahme durch individuelles, freiwilliges Engagement und ermutigt die Bürgerinnen und Bürger, selbst etwas zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zu unternehmen. Sie ist die ideale Ergänzung und eine Stütze für die repräsentative Demokratie, beide sind für eine funktionierende Gesellschaft unerlässlich.

Der EWSA arbeitet offen und transparent und versucht, ein möglichst breites Publikum in seine Aktivitäten einzubeziehen – vor allem jene, für die es manchmal schwierig ist, innerhalb der formalen Strukturen mitzureden, wie beispielsweise junge Menschen.

Die Mitglieder des EWSA werden für ihre Arbeit im Ausschuss nicht bezahlt – sie handeln aus dem Antrieb, Europa mitzugestalten. Da sie die meiste Zeit in ihren Organisationen in ihrem Heimatland tätig sind, verfügen sie über Fachwissen aus erster Hand und wissen, wovon sie reden. Die Definition der organisierten Zivilgesellschaft ist weit gefasst, damit eine möglichst breite Repräsentation gewährleistet ist: Arbeitgeber, Gewerkschaften, Landwirte, Verbraucher, freie Berufe, KMU usw. – sie alle sind im Ausschuss vertreten.

Eine fortschrittliche Kraft

In den vergangenen Jahren stieg der Frauenanteil im Ausschuss, während das Durchschnittsalter gesunken ist. Neben den Stellungnahmen beteiligen sich die Mitglieder an den verschiedensten Tätigkeiten, von der Teilnahme an internationalen Delegationen über kulturelle Veranstaltungen bis hin zum Besuch von Schulen. Der Ausschuss ist eine kontinuierliche Quelle für Innovation und neue Ideen, die von der Basis direkt ins Herz Europas gelangen und in seinen Stellungnahmen auf Befassung durch das Europäische Parlement, den Rat und die Europäische Kommission sowie in seinen Initiativ- und Sondierungsstellungnahmen ihren Ausdruck finden. Kurzum: der EWSA ist eine dynamische und zukunftsweisende Kraft innerhalb der EU.

Im Vertrag von Lissabon wurde die Rolle des EWSA noch fester verankert. Gemäß Artikel 11 „pflegen [die Organe] einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den repräsentativen Verbänden und der Zivilgesellschaft." Dieser Dialog wird mit dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission gepflegt, mit denen der EWSA Vereinbarungen über die Zusammenarbeit geschlossen hat. Auch die Ratsvorsitze bitten den EWSA immer häufiger um Beiträge zu politischen Entscheidungen. Der Ausschuss unterhält wichtige Beziehungen zur organisierten Zivilgesellschaft in anderen Ländern und Weltregionen, mit denen die EU politische und Handelsabkommen unterzeichnet hat.

Ein guter Gegenwert

Der EWSA organisiert jährlich mehr als 2 000 Zusammenkünfte und veröffentlicht etwa 200 Stellungnahmen, hinzu kommen unterschiedliche Informationsmaterialien, durch die die Themen der EU und des EWSA in 24 EU-Sprachen bekannt gemacht werden. Um so kosteneffizient wie möglich zu arbeiten, nutzt der EWSA viele Ressourcen, wie Übersetzungsdienste, Büroflächen und Sitzungsräume, gemeinsam mit anderen Organen und Einrichtungen, insbesondere mit dem Ausschuss der Regionen.

Diese Broschüre veranschaulicht an kurzen Beispielen, wie das Fachwissen der EWSA-Mitglieder in den EU-Politikfeldern, auf die sich seine Zuständigkeit erstreckt, etwas bewirkt: in der Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt- und internationalen Politik. Die Ausschussmitglieder haben sich mit jungen Menschen in Schulen und Universitäten in Verbindung gesetzt, um deren Standpunkte anzuhören und ihren Enthusiasmus zu nutzen. Im EWSA werden Menschen aus allen Bereichen der Gesellschaft zusammengeführt, um die Solidarität zu fördern und Lösungen für die Wirtschaftskrise auszudiskutieren, die auch innovative Antworten wie das soziale Unternehmertum umfassen. Dadurch werden hohe Standards im Geschäftsleben und stärkere Partnerschaften zwischen Politikern, Industrie und Bevölkerung gefördert. Der Ausschuss schützt weiterhin die Interessen der Verbraucher in der gesamten EU und setzt sich dafür ein, die „elektronische Kultur" allen zugänglich zu machen. Er bemüht sich um praktische Möglichkeiten zur Integration neuer Migranten und entwickelt Pläne für nachhaltige Lebensbedingungen in den europäischen Städten und Großstädten. Er hat Maßnahmen für den Umweltschutz sowie zur Unterstützung der Landwirte und der Nahrungsmittelerzeugung vorgeschlagen. Außerdem hat er die internationale Ebene im Blick und hat gefordert, dass Menschenrechte und sozialer Schutz in EU-Handelsabkommen aufgenommen werden. Allgemein bemüht sich der EWSA um einen verstärkten Dialog, eine aktivere Unionsbürgerschaft und um die Verbesserung der Lebensqualität in Europa. Dass jeder Schritt in Absprache mit der organisierten Zivilgesellschaft unternommen wird, verleiht dem Ausschuss – und damit auch der EU – eine noch größere demokratische Legitimität.

Positive Bewertung

Die Europäische Kommission veröffentlicht Quartalsberichte über die Berücksichtigung der Stellungnahmen des EWSA. Aus ihnen geht klar hervor, dass der EWSA die Gestaltung der Vorschläge zur EU-Politik beeinflusst. Mehrere Veröffentlichungen und Studien vervollständigen das Bild des bedeutenden Beitrags, den der Ausschuss zur Qualität der europäischen Politikgestaltung leistet. Der EWSA bemüht sich nicht um Schlagzeilen in der Presse, sondern er möchte seinen Einfluss durch sein Fachwissen und seine durchdachten Argumente geltend machen.

Inhaltsverzeichnis

Die EU braucht den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (Einleitung) 3

Wettbewerbsfähigkeit als Voraussetzung für Wachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen (GR I) 6

Eine konkrete Reaktion auf die Krise (GR II) 8

Soziale Innovation für eine bessere Zukunft (GR III) 10

Eine stärkere Wirtschaft für ein stärkeres Europa (ECO) 12

Das Projekt Soziales Unternehmertum (INT) 14

Unternehmensdienstleistungen: die vierte industrielle Revolution (CCMI) 16

Neue Wege für Europa (EU2020) 18

Beschäftigung für junge Menschen – ein großes Anliegen des EWSA (SOC) 20

Jungen Menschen eine Stimme geben: "Your Europe, Your Say!" (COM) 22

Regionalpolitik: EWSA ist einen Schritt voraus (ECO) 24

Lebewohl, geplante Obsoleszenz! (CCMI) 26

Verbraucher als Motor der wirtschaftlichen Erholung (INT) 28

Die europäische Zivilgesellschaft geht in die Offensive gegen Roaminggebühren (TEN) 30

Die Geburt eines europäischen Energiedialogs TEN) 32

Lebhafte Debatte über die Erneuerbare-Energien-Richtlinie (NAT) 34

Denkanstöße zum Thema Lebensmittelverschwendung (NAT) 36

Auszeichnung für besondere Leistungen bei der Unterstützung von Roma (COM) 38

Ein Platz für Migranten in Europa (SOC) 40

Mehr Mitsprache der Zivilgesellschaft in Handelsverhandlungen (REX) 42

Das neue zivilgesellschaftliche Netzwerk EU-Afrika rüstet sich für die Zukunft (REX) 44

Guter Rat ist wichtig (Schlussfolgerung) 46

GRUPPE ARBEITGEBER (GRUPPE I)

Wettbewerbsfähigkeit als Voraussetzung für Wachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen

Die Wirtschaftskrise und ihre Auswirkungen auf die europäische Gesellschaft und Wirtschaft zeigen, dass mehr Augenmerk auf langfristige Bedingungen zur Wiederherstellung eines nachhaltigen Wachstums gelegt werden muss. Trotz allem, was bisher unternommen wurde, schneiden die EU und vor allem die Euro-Zone im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit noch immer unterdurchschnittlich ab.

Jacek Krawczyk, Vorsitzender der Gruppe Arbeitgeber im EWSA, betont, dass die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der EU ein Schwerpunkt seiner Gruppe ist. Daher sei es notwendig, ein Geschäftsumfeld und einen Regulierungsrahmen zu schaffen, die dem Wachstum und der Schaffung von Arbeitsplätzen förderlich sind.

Der Verlust der Wettbewerbsfähigkeit erfolgt mit der Zeit in Form kleiner nachteiliger Änderungen von Jahr zu Jahr, die zusammen einen sträflichen Abstand ergeben. Nach den hervorragenden Errungenschaften der Wirtschafts- und Währungsunion zeigte sich in Europa die schleichende Gefahr des Verlusts an Wettbewerbsfähigkeit und vor allem die Unfähigkeit der Eurozone, eine Antwort auf die globale Wirtschaftskrise zu finden. Wir stehen vor großen Schuldenbergen, befinden uns beinahe in einer wirtschaftlichen Stagnation und müssen mit hoher Arbeitslosigkeit und mangelndem Geschäftsvertrauen fertig werden.

Zwei Dinge müssen geschehen: Erstens müssen die Mitgliedstaaten weiterhin wachstumsfördernde Strukturreformen auf nationaler Ebene durchführen. Zweitens sollten alle EU-Maßnahmen das Unternehmensumfeld verbessern, damit die europäischen Unternehmen in der Lage sind, nachhaltiges Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen.

> Die Industrie in der EU muss jetzt durch Innovation, wissensbasiertes Kapital und "gebundene" oder "eingebettete" Dienstleistungen.

Verstärkung der Maßnahmen

Seit dem Jahr 2013 hat die Arbeitgeber-Gruppe zwei Veranstaltungen zur „Förderung der Industrie und der Wettbewerbsfähigkeit in Europa" und zur „Verstärkung der europäischen industriellen Wettbewerbsfähigkeit" organisiert. Durch die Diskussionen hatte die Gruppe die Möglichkeit, mehrere Empfehlungen zu formulieren und die Erfordernisse und Ansichten der Arbeitgeber zu betonen.

Europa benötigt sowohl im Hinblick auf die Produktion als auch auf Investitionen eine starke und wettbewerbsfähige Industriebasis als wichtigen Antrieb für das Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Wettbewerbsfähigkeit erfordert stabile, einfache und vorhersehbare Rahmenbedingungen, bessere Regulierung und vor allem ein ehrgeiziges REFIT-Programm, um unnötige Beschränkungen zu beseitigen. Die Gesetzgebung und die Rahmenbedingungen müssen sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene so gestaltet werden, dass sie Wettbewerbsfähigkeit, Investitionen und Innovation fördern.

Europa muss dringend zu seinen wichtigsten globalen Konkurrenten aufschließen und ein Geschäftsumfeld schaffen, in dem die Unternehmen frei agieren können. Für eine Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit am globalen Markt sind die Förderung der Innovation, Forschung und Entwicklung, die Mobilisierung von privaten Mitteln zur Förderung des Wachstums, die Unterstützung der Aus- und Weiterbildung von Unternehmern und die Erleichterung der Mobilität und der Wirtschaftsmigration notwendig. Steuern und Energiekosten sollten reduziert werden. Europa befindet sich gegenüber anderen fortschrittlichen Wirtschaften wie den USA im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit im Rückstand und ist dem wachsenden Wettbewerb mit den Schwellenländern ausgesetzt. Die Industrie in der EU muss jetzt durch Innovation, wissensbasiertes Kapital und „gebundene" oder „eingebettete" Dienstleistungen (die die Herstellung und den Verkauf der Waren unterstützen) angetrieben werden.

Mehrere Handlungsbereiche gelten als besonders wichtig:

- Vervollständigung des Rechtsrahmens;
- Vollendung des EU-Binnenmarktes;
- stabile, verlässliche und günstige Energiequellen und besserer Zugang zu Kapital für KMU;
- Innovation, wissensbasiertes Kapital und „gebundene" oder „eingebettete" Dienstleistungen;
- ein kontinuierlicher Prozess der Änderung, Innovation und des Produktivitätswachstums zur Erzielung von Fortschritten in globalisierten Wertschöpfungsketten.

GRUPPE ARBEITNEHMER (GRUPPE II)

Eine konkrete Reaktion auf die Krise

Die Bekämpfung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Krise in Europa war in den letzten Jahren die oberste Priorität der Gruppe Arbeitnehmer im EWSA. Maßnahmen der Sparpolitik blieben erfolglos, daher sind alternative und ergänzende Lösungen notwendig, um die wachsende Armut und Ungleichheiten zu bekämpfen.

Dem griechischen Vorsitzenden der Gruppe, Georges Dassis, zufolge brauchen die Bürgerinnen und Bürger ein klares Zeichen dafür, dass diese Europäische Union ein würdevolles Leben und Wohlstand für alle sicherstellen kann und das Ziel des sozialen Fortschritts nicht aufgegeben hat.

Die Gruppe hat sich vor allem auf die demokratische Governance konzentriert, die auch kurz vor den Europawahlen ein zentrales Thema bei der Sondersitzung vom März 2014 in Athen war. Mehrere Stakeholder, darunter auch Gewerkschaften, MdEP und Mitglieder des EWSA, betonten, dass die Entscheidungsfindung durch gewählte Vertreter auf demokratischer Legitimität beruhen muss und nicht in Form von unverantwortlichen zwischenstaatlichen Methoden und undurchsichtigen Aktionen der Troika (Europäische Kommission, Europäische Zentralbank und Internationaler Währungsfonds) für die von Krisen betroffenen Länder erfolgen darf.

Die Gruppe forderte bezüglich der wirtschaftspolitischen Steuerung immer wieder eine starke soziale Dimension, die auch Aspekte wie den sozialen Dialog und soziale Rechte als Garanten für eine gerechtere Gesellschaft, den sozialen Zusammenhalt, Mindesteinkommen sowie eine soziale und nachhaltige Entwicklung in Handelsabkommen einschließt.

> Die Steigerung der Sozial- und Bildungskapazitäten vor allem der schwächsten Arbeitnehmer soll bewirken, dass die Arbeitnehmer in der Lage sind, einen anständigen Arbeitsplatz zu finden und zu behalten und aktiv an der Gesellschaft teilzuhaben.

Soziale Probleme

Mehrere Studien zur wirtschaftlichen und sozialen Lage haben gezeigt, dass auch in weniger von der Krise betroffenen Ländern wie Deutschland und Österreich erhebliche soziale Probleme auftreten. Eine von der Gruppe in Auftrag gegebene Forschungsarbeit untersuchte neue Formen der sozialen Governance in der politischen Entscheidungsfindung der EU, beispielsweise die Rolle der Gewerkschaften und Sozialpartner bei der Planung und Überwachung der Strategien für den wirtschaftlichen Zusammenhalt.

Diese Arbeit bildete die Grundlage für mehrere wichtige Stellungnahmen des EWSA. Die Steigerung der Sozial- und Bildungskapazitäten vor allem der schwächsten Arbeitnehmer zieht sich als roter Faden durch diese Stellungnahmen und soll bewirken, dass die Arbeitnehmer in der Lage sind, einen anständigen Arbeitsplatz zu finden und zu behalten und aktiv an der Gesellschaft teilzuhaben. Die Stellungnahme zu Familiendienstleistungen zielt darauf ab, Haushaltsdienstleistungen zu professionalisieren, da diese häufig illegal erbracht werden. Andere Stellungnahmen befassten sich mit Schwarzarbeit, Migrantinnen, Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen und sozialen Investitionen. Drei Stellungnahmen sollten dazu beitragen, die soziale Governance zu stärken: eine zu Wachstum, Stabilität und Beschäftigung, eine zu einem europäischen Mindesteinkommen und Armutsindikatoren und eine zur sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion, insbesondere das Europäische Semester.

Georges Dassis hält soziale Indikatoren für wichtig, es seien jedoch dringend erhebliche Investitionen notwendig, um gute Arbeitsplätze zu schaffen, andernfalls werde es zu Arbeitslosigkeit kommen, die Menschen würden verzweifeln und sich allen möglichen extremistischen Ideen zuwenden. Eine Investition von 6 Mrd. EUR für die Beschäftigung junger Menschen (über die Europäische Jugendgarantie) sei wichtig, aber nicht ausreichend.

Die große Mehrheit der EWSA-Mitglieder sei dafür, die Kommission aufzufordern, ein europäisches Mindesteinkommen für alle Bürgerinnen und Bürger vorzuschlagen, da dies ein wirksamer Weg zur Bekämpfung der Armut sei und den Bürgerinnen und Bürgern zeige, dass Europa für sie da sei.

Auf Anfrage des Parlaments sei auch eine Stellungnahme zu den Perspektiven des sozialen Dialogs einstimmig verabschiedet worden, um dem im Vertrag festgelegten demokratischen Beteiligungsmechanismus einen neuen Impuls zu verleihen, so Dassis weiter.

Seit Beginn der Krise habe die Gruppe reagiert, indem sie konkrete Maßnahmen gefordert habe. Sie habe die Kommission aufgefordert, die Einführung eines Mechanismus für die finanzielle Stabilität vorzuschlagen, was zwei Jahre später geschehen sei. Sie habe auch eine Finanztransaktionssteuer vorgeschlagen, die die Kommission zweieinhalb Jahre später vorgelegt habe. In den Stellungnahmen seien auch zahlreiche andere Vorschläge gemacht worden, die von der Kommission berücksichtigt worden seien.

„Jetzt ist es unsere Aufgabe, die Umsetzung sinnvoller Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung und des Wachstums und die Entwicklung einer neuen Strategie zu überwachen, um eine Erholung von den schweren Krisen der letzten Jahre zu ermöglichen."

GRUPPE VERSCHIEDENE INTERESSEN (GRUPPE III)

Soziale Innovation für eine bessere Zukunft

Wie werden sich die europäischen Sozialschutzsysteme in den nächsten Jahrzehnten entwickeln? Wie wird die Gesellschaft im Jahr 2040 vorgehen, wenn auf jeden Rentner nur zwei Menschen im erwerbsfähigen Alter kommen? Wie kann Europa sich 50% der weltweiten Aufwendungen für Sozialfürsorge leisten, obwohl die Bevölkerung nur 7% der Weltbevölkerung ausmacht?

Diese Fragen standen auf der Tagesordnung der hochrangigen Konferenz in Mailand im Oktober 2014, die von der EWSA-Gruppe Verschiedene Interessen gemeinsam mit der Cariplo Foundation und dem Verbraucherforum der ANIA (Nationale Vereinigung der Versicherungsunternehmen), zwei führenden Akteuren im sozialen und wirtschaftlichen Umfeld Italiens, organisiert worden war. Ziel der Konferenz war es, eine Debatte über die Zukunft der Sozialschutzsysteme Europas und die soziale Dimension der EU anzukurbeln.

Mehr als 1 000 Menschen verfolgten die Diskussion entweder im Sitzungssaal oder per Live-Stream im Internet. Der Vorsitzende der Gruppe, Luca Jahier, erklärte, man habe nach Möglichkeiten gesucht, die europäischen Sozialschutzsysteme zu modernisieren, zu reformieren und den derzeitigen Herausforderungen anzupassen, wobei die Schlüsselrolle der sozialen Innovation und der Zivilgesellschaft in diesem Prozess berücksichtigt worden sei. Die soziale Innovation verfolgt einen von unten nach oben verlaufenden Ansatz und betrifft viele Bereiche der Gesellschaft, einschließlich der Unternehmen der Sozialwirtschaft, der örtlichen Bevölkerungsgruppen und der Behörden. In mehreren EU-Mitgliedstaaten hat sie ihr Potenzial zur Neugestaltung der Gesellschaft und zur Funktionsweise des Staates schon gezeigt. In Italien werde dies als „zweite" Sozialfürsorge bezeichnet.

> Wir müssen die Bürgerinnen und Bürger und örtliche Gruppen stärken, um ein integrativeres Europa zu erhalten – ein solidarisches Europa.

Das richtige Umfeld

Die Konferenz von Mailand zielte darauf ab, spezielle Vorschläge für das neu besetzte Exekutivorgan der EU auszuarbeiten und zu betonen, warum Europa eine integrative und nachhaltige soziale Marktwirtschaft benötigt, wie dies im Vertrag über die Europäische Union festgelegt wurde. In der Mailänder Erklärung zum Thema „Innovation fördern, mehr soziale Wirkung erzielen" werden die öffentlichen Behörden aufgefordert, soziale Investitionen und soziale Innovation als Wachstumsquelle zu fördern. Außerdem werden Partnerschaften zwischen Akteuren der Zivilgesellschaft und ein angemessenes Umfeld – oder „Ökosystem" – empfohlen, damit das volle Potenzial der sozialen Innovation ausgeschöpft werden kann. Drittens wird eine bessere Überprüfung der sozialen Auswirkungen der politischen Maßnahmen, einschließlich der sozialen Indikatoren in den nationalen Fortschrittsberichten, sowie der Austausch bewährter Verfahren angeraten. Schließlich wird gefordert, dass die soziale Innovation und die sozialen Investitionen in die Überprüfung der Strategie Europa 2020 aufgenommen werden.

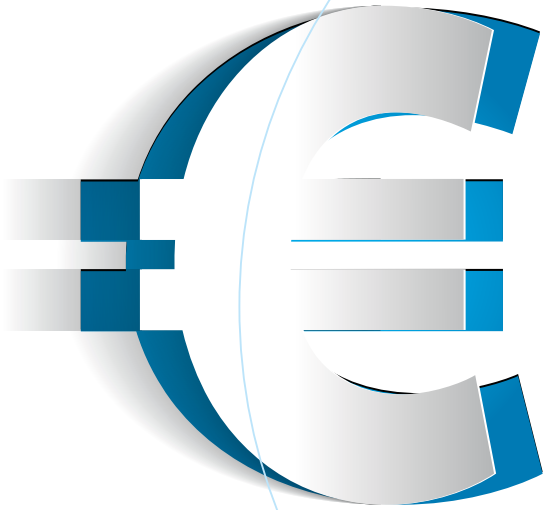
Luca Jahier meint, es bleibe zweifellos noch viel zu tun. Trotzdem seien in der Konferenz viele neue Ideen und Beispiele für Innovation vorgebracht worden. Drei Punkte sind dabei aufgefallen. Erstens müssen mutige und innovative Entscheidungen gefällt und sofort umgesetzt werden. Zweitens benötigt Europa wirksame Bündnisse. Drittens zeigte die kraftvolle, positive Energie, die in Mailand zu spüren war, dass die Gesellschaft keine Angst davor haben sollte, soziale Initiativen auszuprobieren, da diese immer mehr an Bedeutung gewinnen. Es gibt in ganz Europa bereits zahlreiche Akteure, die hochkompetent, vielfältig und motiviert sind. Sie sind schon dabei, innovative Möglichkeiten zu finden, um die Lücken und Konflikte der Vergangenheit zu schließen: zwischen öffentlichen und privaten Akteuren sowie zwischen Wachstum und Gerechtigkeit.

Zu klären bliebe noch, wie diese sozialen Initiativen ausgedehnt werden können. Zum Beispiel belaufen sich die privaten Ersparnisse in Italien auf 450% des italienischen BIP. Natürlich können sie nicht vollständig auf soziale Investitionen umgelenkt werden, aber ein Teil könnte dafür genutzt werden. Die Investitionen müssen jedoch mit verlässlichen Finanzinstrumenten und Optionen ergänzt werden, die für Investoren attraktiv sind.

„Der Staat allein kann nicht alle Probleme lösen", so Luca Jahier. „Wir brauchen einen Systemwandel, einen Paradigmenwechsel, und eine größere Zahl an Akteuren muss mitarbeiten. Wir müssen die Bürgerinnen und Bürger und örtliche Gruppen stärken, um ein integrativeres Europa zu erhalten – ein solidarisches Europa."

Eine stärkere Wirtschaft für ein stärkeres Europa

Heute, über sechs Jahre nach dem Ausbruch der internationalen Finanzkrise 2008, sind die wirtschaftlichen Aussichten Europas nach wie vor trübe. Während in anderen Teilen der Welt eine Erholung von der Rezession zu verzeichnen ist, weisen die EU und das Euro-Währungsgebiet ein historisch niedriges Wachstum und eine ebensolche Inflationsrate bei gleichzeitig steil nach oben gehenden Arbeitslosenzahlen auf, insbesondere bei der Jugendarbeitslosigkeit. Während die Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission in Gespräche darüber verstrickt waren, in welchem Umfang eine Haushaltskonsolidierung tatsächlich erforderlich sein würde, um solide öffentliche Finanzen sicherzustellen, skizzierte der EWSA 2012 ein neues Wachstumsmodell für Europa mit Maßnahmen zur Bekämpfung der inakzeptablen Arbeitslosenquoten sowie Raum für zukunftsorientierte Investitionen, einschließlich Sozial- und Umweltinvestitionen, die Wachstum und Nachfrage erzeugen.



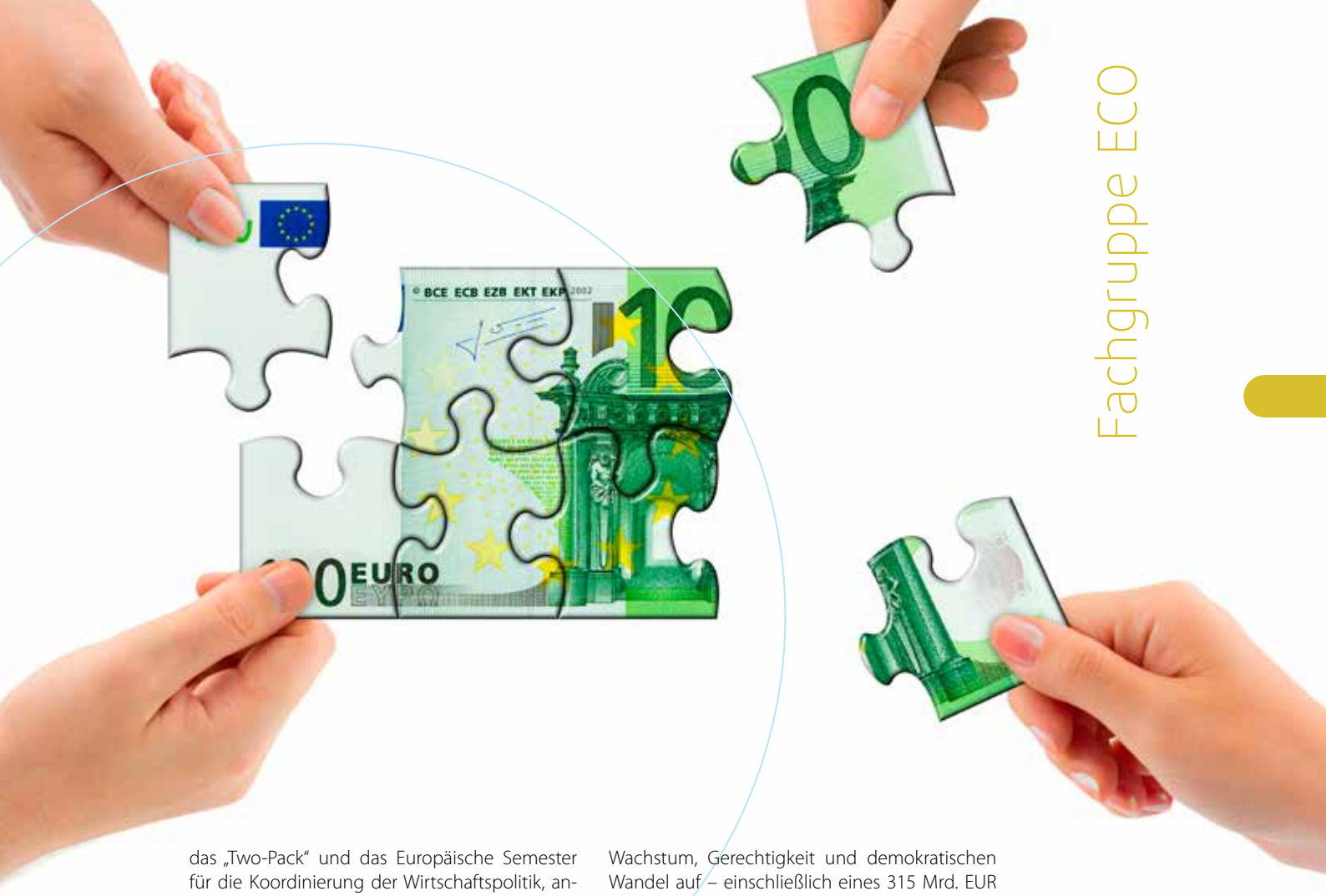
> Europa muss investieren in seine Zukunft zur Erzielung einer starken, nachhaltigen wirtschaftlichen Erholung.

Ein WWU-Fahrplan für die neuen Entscheidungsträger der EU

In seiner jüngsten Stellungnahme zum Thema Vollendung der WWU ging der EWSA noch einen Schritt weiter und arbeitete einen konkreten Fahrplan für die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) in der nächsten europäischen Legislaturperiode aus. „Die nächsten fünf Jahre werden entscheidend sein, um die noch fragile Architektur der WWU zur Reife zu entwickeln", betont Carmelo Cedrone, einer der beiden Berichterstatter des EWSA.

„Dies erfordert in erster Linie Eigenverantwortung, Offenheit und Transparenz; deshalb brauchen wir eine wirksame Politik sowie klare und unmissverständliche Aussagen – keine Doppelzüngigkeit! – aufseiten der Mitgliedstaaten des Euroraums, des Rates und aller anderen EU-Instanzen", warnt der andere Berichterstatter des EWSA, Joost van Iersel.

Der Fahrplan erfordert ein veritables Bündnis für Wachstum, Beschäftigung und Stabilität (einen europäischen New Deal), das durch ein umfassendes öffentliches und privates Investitionsprogramm sowie eine Neuausrichtung der vorhandenen Instrumente: das sogenannte „Six-Pack",



das „Two-Pack“ und das Europäische Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik, angetrieben wird. Zudem schlug der EWSA angesichts der durch die Krise sichtbar gewordenen Mängel in der eigentlichen Architektur der WWU vor, diese durch die folgenden vier Säulen zu stärken: einen vollständig integrierten europäischen Kapitalmarkt; makro- und mikroökonomische Instrumente, um die Wettbewerbsfähigkeit, Konvergenz und Solidarität in Europa zu erhöhen; Maßnahmen, um den sozialen Folgen wirtschaftlicher Anpassungen zu begegnen; sowie neue Regeln, um die demokratische Legitimation der Organe der EU und des Euro-Währungsgebiets zu festigen.

Der EWSA war 2014 die erste EU-Einrichtung, die in ihrem Fahrplan öffentlich erklärte, die Investitionen, Wachstum und Beschäftigung hätten in der nächsten Amtszeit der EU ganz oben auf der Tagesordnung zu stehen. Die neue, von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker angeführte Kommission nahm die Kernvorschläge des Ausschusses in ihrer Agenda für Beschäftigung, Wachstum, Gerechtigkeit und demokratischen Wandel auf – einschließlich eines 315 Mrd. EUR schweren Investitionsplans und mit dem Hauptaugenmerk auf der Erreichung einer tiefergehenden und gerechteren WWU, mehr demokratischer Kontrolle der Gemeinschaftsorgane sowie einer größeren aktiven Beteiligung der nationalen Parlamente und der Zivilgesellschaft.

Das neue Parlament und die Mitgliedstaaten unterstützten die Vorschläge Präsident Junckers nachdrücklich. Bei den Gipfeln im Oktober und Dezember 2014 erkannten die Staats- und Regierungschefs der EU an, dass Europa zur Erzielung einer starken, nachhaltigen wirtschaftlichen Erholung in seine Zukunft investieren und der Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung weiterentwickelt werden muss. Endlich scheinen die führenden europäischen Politiker dazu bereit zu sein, mutige Schritte zu unternehmen, um das Modell einer stärkeren Wirtschaft für ein stärkeres Europa, inspiriert durch die europäische Zivilgesellschaft, zu entwerfen.

Das Projekt Soziales Unternehmertum

Der EWSA befürwortet die Sozialwirtschaft schon seit einiger Zeit, und so stützte sich die Europäische Kommission bei der Ausarbeitung ihrer eigenen Mitteilung zum sozialen Unternehmertum u.a. auf die Sondierungsstellungnahme des Ausschusses.

Laut Schätzung der Kommission gibt es in der Sozialwirtschaft in Europa rund 2 Mio. Unternehmen mit über 14 Mio. Arbeitsplätzen. Man findet sie in fast allen Wirtschaftszweigen, u.a. auch im Bank- und Versicherungswesen sowie in den Bereichen Landwirtschaft, Handwerk, kommerzielle Dienstleistungen und Gesundheits- und Sozialdienstleistungen.

Seit dem Ausbruch der Krise 2008 meistert die Sozialwirtschaft die Rezession besser als herkömmliche Unternehmen und daher lassen sich einige Lehren aus diesem Sektor ziehen.

Soziale Unternehmen werden vornehmlich gegründet, um eine Dienstleistung im öffentlichen Interesse anzubieten oder die Wohlfahrt zu fördern, und nicht, um einfach nur Geld zu verdienen. In Verfolgung dieses Ziels werden Gewinne reinvestiert und der Führungsstil ist durch Transparenz, Verantwortlichkeit und Inklusion gekennzeichnet, was von einem starken persönlichen Engagement der Mitglieder zeugt.

Aus der Fülle an Beispielen europäischer sozialer Unternehmen sei auf ein preisgekröntes Restaurant im Vereinigten Königreich, in dem benachteiligte Jugendliche beschäftigt und zum Koch ausgebildet werden, und eine Müttergruppe in Zagreb, Kroatien, die umweltfreundliche Windeln herstellt, verwiesen.

> Soziale Unternehmen werden vornehmlich gegründet, um eine Dienstleistung im öffentlichen Interesse anzubieten oder die Wohlfahrt zu fördern, und nicht, um einfach nur Geld zu verdienen.

Einsatz für Sozialunternehmen zeigen

Der EWSA, die Kommission und die Stadt Straßburg organisierten im Januar 2014 eine Veranstaltung mit dem Titel „Sozialunternehmer: Nehmen Sie Stellung!", zu der rund 2 000 Teilnehmer erschienen und die in der Annahme einer Erklärung mit Handlungsempfehlungen mündete.

Dies führte dazu, dass der EWSA ein „Projekt zum sozialen Unternehmertum" auf den Weg brachte, um weitere Maßnahmen und Aktivitäten zu entwickeln. Es wurden konstruktive Beiträge von in diesem Bereich tätigen Akteuren in der gesamten EU zusammengetragen und es fanden Treffen mit auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene engagierten Interessensvertretern statt, um vorhandenes Wissen und Erfahrungen zu teilen und entsprechend zu handeln. Dies wiederum mündete in die Veröffentlichung eines Berichts, in dem die Beiträge der Interessensvertreter in Form von Empfehlungen und Feststellungen zusammengefasst sind.

„Im Kern geht es hier um ein Unternehmensmodell, nicht um Wohltätigkeit", betont die Projektkoordinatorin Ariane Rodert.

Der Ausschuss hat zu einer wachsenden Dynamik in diesem Bereich beigetragen, die auf die sozialen Netzwerke und weitere Interessenvertreter übergreift, und ist zu einem Schlüsselakteur geworden, der der Zivilgesellschaft in Europas unterschiedlichen Foren zum Thema soziales Unternehmertum eine Stimme verleiht.

Zudem unterstrich der EWSA im Januar 2015 das Potenzial des Sektors im Hinblick auf eine Stärkung der Entwicklung aufstrebender Volkswirtschaften. Bei der Sozialwirtschaft geht es darum, den Menschen Hilfe zur Selbsthilfe anzubieten, und die EU muss ihre Unterstützung in diesem Bereich aufstocken.

Unternehmensdienstleistungen: die vierte industrielle Revolution

Laut der Beratenden Kommission für den industriellen Wandel des EWSA sollte für die politischen Entscheidungsträger die Förderung der Unternehmensdienstleistungen in Europa höchste Priorität haben.

In einer ersten Stellungnahme zu „Wechselwirkungen zwischen Dienstleistungen und Industrie in Europa sowie Auswirkungen auf Beschäftigung, Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität" wurde der positive Beitrag der Unternehmensdienstleistungen zur wachsenden Produktivität und Ankurbelung der Wettbewerbsfähigkeit in der Industrie hervorgehoben. Die gegenseitige Abhängigkeit der beiden Sektoren wurde in der Stellungnahme betont und das positive Potenzial für eine Ausweitung in größerem Umfang herausgestellt.

Die vierte industrielle Revolution: eine Chance für Europa zur Übernahme der Führungsrolle?

Das Potenzial der Unternehmensdienstleistungen im Hinblick auf die wirtschaftliche Erholung ist enorm. In entwickelten Volkswirtschaften machen die Dienstleistungen über 70% des Produktionswerts und der Beschäftigung aus und weltweit steigt dieser Anteil.

Weitreichende Folgen

Im Zusammenhang mit einer neuen Stellungnahme des EWSA zum Thema „Die Auswirkungen von Unternehmensdienstleistungen in der Industrie" veranstaltete die CCMI im April 2014 eine öffentliche Anhörung anlässlich der Hannover-Messe, der weltweit größten Messe für Industrietechnik.

Den Teilnehmern wurde vermittelt, dass die Dienstleistungen einen rapide wachsenden Anteil an der europäischen Wirtschaft ausmachen und mehr Arbeitsplätze als die Verarbeitungsindustrie schaffen. Allein der IKT-Sektor wächst in Europa jährlich um 10%. Vor allem erfuhren sie mehr über ein neues Produktionsmodell, das zuweilen als die „vierte industrielle Revolution" bezeichnet wird, wobei das „Internet der Dinge" als Schnittstelle zwischen der Industrie, den Dienstleistungen und den IKT fungiert. Hieraus ergeben sich weitreichende sozio-ökonomische und politische Folgen, die die Lebensweise von Millionen Menschen ändern werden. Auch der

Arbeitsmarkt bleibt hiervon nicht verschont, zum Beispiel aufgrund des Bedarfs an mehr Mobilität, Flexibilität und neuen Kompetenzen.

Die Ausbildungssysteme müssen entsprechend auf die neuen Anforderungen und Qualifikationen reagieren. In der Industrie – sowohl im produzierenden Gewerbe als auch bei den Dienstleistungen – verändern die Digitalisierung, IKT und Weiterentwicklungen wie der 3D-Druck die Betriebstechniken und Arbeitsverfahren.

Die Stellungnahme traf auf einen breiten Konsens im Ausschuss und wurde einstimmig angenommen.

„Unternehmensdienstleistungen sollten Teil einer aktiven Industriepolitik sein und bei der Halbzeitüberprüfung der Europa-2020-Strategie im Jahr 2015 berücksichtigt werden", erläutert der Berichterstatter des EWSA, Joost van Iersel. Der EWSA kam zu dem Schluss, dass ihre Bedeutung sowohl von der Kommission als auch vom Rat unterschätzt worden waren. Der Berichterstatter findet auch herausfordernde Worte: „Die EU muss nun entscheiden, ob sie eine Führungsrolle übernehmen und somit zu neuem nachhaltigem Wachstum und neuen Arbeitsplätzen beitragen – oder ihren Platz anderen überlassen will."

Im November 2014 hielt der EWSA eine Konferenz zu dem Thema „Die vierte industrielle Revolution: eine Chance für Europa zur Übernahme der Führungsrolle?" mit hochkarätigen Rednern und etwa 140 Teilnehmern ab. Der Ausschuss plant, weitere Initiativen rund um dieses Thema zu unterstützen, angefangen mit Initiativstellungnahmen zum 3D-Druck oder den Auswirkungen der Digitalisierung auf die Dienstleistungen und Beschäftigung. Es steht außer Frage, dass eine weitere Auseinandersetzung mit den Konsequenzen der neuen Technologien für die Industrie, die Wirtschaft und die Gesellschaft im Allgemeinen folgen wird. Bereits für den 25. März war eine hochrangige Konferenz zur Digitalisierung geplant, um weiteren Analysen und Diskussionen über dieses wichtige Paradigma für die Zukunft Europas Raum zu geben.

***CCMI:** Abkürzung für *Commission consultative des mutations industrielles*.

Sofern das Vertrauen in die Werte der EU wiederhergestellt werden soll, muss die zukünftige Strategie für Wachstum und Entwicklung besser auf die Bedürfnisse der Menschen eingehen.

LENKUNGSAUSSCHUSS EUROPA 2020

Neue Wege für Europa

Seit 2010 der Auftakt für die Strategie Europa 2020 gegeben wurde, arbeitet der Lenkungsausschuss Europa 2020 des EWSA eng mit den Netzwerken nationaler Wirtschafts- und Sozialräte sowie vergleichbaren Gremien zusammen, um sicherzustellen, dass die Strategie das Ziel letztendlich nicht verfehlt. 2014 nahm der Lenkungsausschuss eine strenge Beurteilung von Europa 2020 vor und arbeitete eine Reihe politischer Empfehlungen für die Halbzeitbilanz aus.

Fünf Jahre nach ihrem Start ist die Strategie Europa 2020 jetzt festgefahren. Strukturelle und kurzfristige Probleme im Zusammenhang mit der hinsichtlich ihrer Stärke und Dauer schwersten Wirtschafts- und Sozialkrise in den letzten 80 Jahren plagen sie. Der Zusammenbruch auf dem Arbeitsmarkt, die in die Höhe schießende Jugend- und Frauenarbeitslosigkeit sowie die wachsende Anzahl von in Armut und in der Gefahr der sozialen Ausgrenzung lebenden Menschen zusammengenommen haben die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten zwischen den Mitgliedstaaten und auf innerstaatlicher Ebene zwischen den Regionen vergrößert. Dadurch wurde nicht nur der Grundsatz des Zusammenhalts, der stets ein Kennzeichen der europäischen Integration gewesen ist, untergraben, sondern auch das Vertrauen der Menschen in die EU.

Der EWSA ist der Ansicht, dass Europa an einem Scheideweg steht. Sofern das Vertrauen in die Werte der EU wiederhergestellt werden soll, muss die zukünftige Strategie für Wachstum und Entwicklung besser auf die Bedürfnisse der Menschen eingehen. Die europäische Zivilgesellschaft, die als ein Hauptakteur an der Umsetzung europäischer Strategien auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene mitwirkt, ist aktiv in die laufenden Diskussionen über die Vereinbarkeit wirtschaftspolitischer Steuerung und der Haushaltsdisziplin mit den Zielen des sozialen Zusammenhalts eingebunden.

Kursfestlegung für grundlegende Änderungen

Sofern das Ruder nicht herumgerissen wird, ist mit katastrophalen Folgen für das europäische Projekt zu rechnen. Insofern stellt die Halbzeitbilanz der Strategie Europa 2020 eine einmalige Gelegenheit dar, die für einen wirkungsvollen Neubeginn erforderliche abrupte Veränderung in Gang zu setzen.

Um einen Weg aus der Krise vorzugeben, muss die Wachstums- und Beschäftigungsstrategie in einen wirksamen Hebel zugunsten der europäischen Wettbewerbsfähigkeit und des Zusammenhalts umgewandelt werden. Nach Ansicht des EWSA erfordert dies ein gründliches Überdenken wesentlicher Punkte der derzeitigen Strategie mit besonderem Augenmerk auf:

- dem Paradigma des „intelligenten Wachstums", das der eigentlichen Strategie zugrunde liegt: hier bedarf es Veränderungen in der Art und Weise der Festlegung und Bewertung der Politik zur Überwindung der Krise;
- der Steuerung der Strategie: die Ziele von Europa 2020 und das Europäische Semester und die Prioritäten sind nicht konsistent. Zudem sind die meisten Ziele von Europa 2020 nicht rechtsverbindlich und die Einbeziehung der Mitgliedstaaten und Zivilgesellschaft ist unzureichend;
- Strategien, die darauf abzielen, Nachhaltigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Zusammenhalt zu fördern, müssen sich mit Themen wie Energie, die Überwindung der digitalen Kluft und Verbesserung der sozialen Sicherheitsnetze befassen.

Nach Ansicht des EWSA muss dringend eine wirklich kohärente und integrierte paneuropäische Strategie Europa 2020 auf der Grundlage angekurbelter Investitionen, Strukturreformen und haushaltspolitischer Zuständigkeit umgesetzt werden, die den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts in angemessener Weise begegnet.

Beschäftigung für junge Menschen – ein großes Anliegen des EWSA

Die hohen Arbeitslosenquoten unter jungen Menschen sind heute eine der Hauptsorgen in Europa. Seit dem Ausbruch der Finanzkrise hat der EWSA wiederholt nachdrücklich darauf hingewiesen, dass die Gemeinschaftsorgane und die Mitgliedstaaten ihre Anstrengungen verstärken und mehr in die Jugend investieren müssen. Insbesondere in Zeiten düsterer Wirtschaftsaussichten ist dies ein wichtiges Anliegen.

Ende 2014 waren über fünf Millionen Jugendliche unter 25 Jahren in der EU ohne Beschäftigung. Bei einer durchschnittlichen Jugendarbeitslosenquote von im Mittel etwa 22% in den 28 Mitgliedstaaten stieg diese Zahl in den am schwersten von der Krise getroffenen Ländern auf über 50% an – die Hälfte der jungen Menschen dort – und veranlasste Kommentatoren, vor einer „verlorenen Generation" zu warnen.

> Die Bildungssysteme müssen enger mit dem Arbeitsmarkt zusammenarbeiten, um den Jugendlichen das Rüstzeug an Kompetenzen zu vermitteln, die in den Unternehmen gefragt sind.

In dem Bestreben, zu der Bewältigung dieses Problems beizutragen, führte die Arbeitsmarktbeobachtungsstelle des EWSA 2014 eine eingehende Folgenabschätzung durch. Es wurde eine öffentliche Anhörung abgehalten, um die Meinungen und Empfehlungen der organisierten Zivilgesellschaft in Bezug auf die auf europäischer und nationaler Ebene verfolgten Strategien zur Unterstützung der jungen Menschen bei der Suche nach einer Beschäftigung zusammenzutragen. Die Folgenabschätzung konzentrierte sich auf sechs ausgewählte Mitgliedstaaten, die eine Vielzahl von Strategien und Ansätzen für die jungen Menschen auf dem Arbeitsmarkt eingeführt hatten: Griechenland, Kroatien, Italien, Österreich, die Slowakei und Finnland. Mitglieder des Ausschusses führten in diesen Mitgliedstaaten Befragungen vor Ort durch, um einen direkten Einblick in die bewährten Verfahren, Ideen und Anliegen der Behörden und Vertreter der Zivilgesellschaft, darunter auch Arbeitgeber und Gewerkschaften – die Sozialpartner – zu erhalten. Die Folgenabschätzung ist auf reges Interesse bei den Gemeinschaftsorganen und nationalen Interessenvertretern gestoßen.

Bildung für Beschäftigung

Der EWSA hat die von dem Rat im April 2013 empfohlene Jugendgarantie der EU stets unterstützt. Ziel dieser Initiative ist es, dafür zu sorgen, dass alle jungen Menschen unter 25 Jahren binnen vier Monaten nach Beendigung der formalen Ausbildung oder des Übergangs in die Arbeitslosigkeit ein konkretes Beschäftigungs- oder Weiterbildungsangebot erhalten. Im Rahmen der Folgenabschätzung wurde die Jugendgarantie in den ausgewählten Mitgliedstaaten begutachtet und das Fazit gezogen, dass die Jugendgarantie im Falle einer durchdachten Umsetzung das Potenzial hat, viele der erforderlichen Strukturreformen zu bewirken. Insbesondere die Bildungssysteme müssen enger mit dem Arbeitsmarkt zusammenarbeiten, um den Jugendlichen das Rüstzeug an Kompetenzen zu vermitteln, die in den Unternehmen gefragt sind.

Am 10. Juli 2014 wurden die Endergebnisse im Rahmen der 500. Plenarversammlung des EWSA vorgestellt. Interessenvertreter der Zivilgesellschaft können einen echten Mehrwert für die Jugendpolitik leisten, da sie die tatsächlichen Gegebenheiten auf dem Arbeitsmarkt kennen und tagtäglich damit umgehen. Dieser durch die Zivilgesellschaft geleistete „Reality Check „ sei für die Ausgestaltung einer funktionierenden Beschäftigungspolitik unerlässlich, führt die Vorsitzende der Arbeitsmarktbeobachtungsstelle, Christa Schweng, aus. Die Einbeziehung von Interessenvertretern schaffe ein stärker ausgeprägtes Verantwortungsbewusstsein und trage zu einer höheren Akzeptanz von Reformen seitens der Bürgerinnen und Bürger bei.

Weiterhin hat der EWSA eine Stellungnahme erstellt, in der die EU-weiten bewährten Verfahren in Bezug auf die Jugendarbeitslosigkeit aufgezeigt werden. Insofern hat sich bestätigt, dass der Ausschuss gut aufgestellt ist, um die Situation weiter zu beobachten und über seine in die praktische Umsetzung von Strategien hinsichtlich der Jugendarbeitslosigkeit in den Mitgliedstaaten eng eingebundenen Mitglieder Ideen beizusteuern.

Jungen Menschen eine Stimme geben: "Your Europe, Your Say!"

Der EWSA betrachtet den Dialog mit jungen Menschen als eine seiner vorrangigen Aufgaben. Seit 2010 unterstreicht er dieses Bekenntnis durch die jährliche Konferenz „Deine Meinung für Europa" (Your Europe, Your Say! – YEYS) in Brüssel.

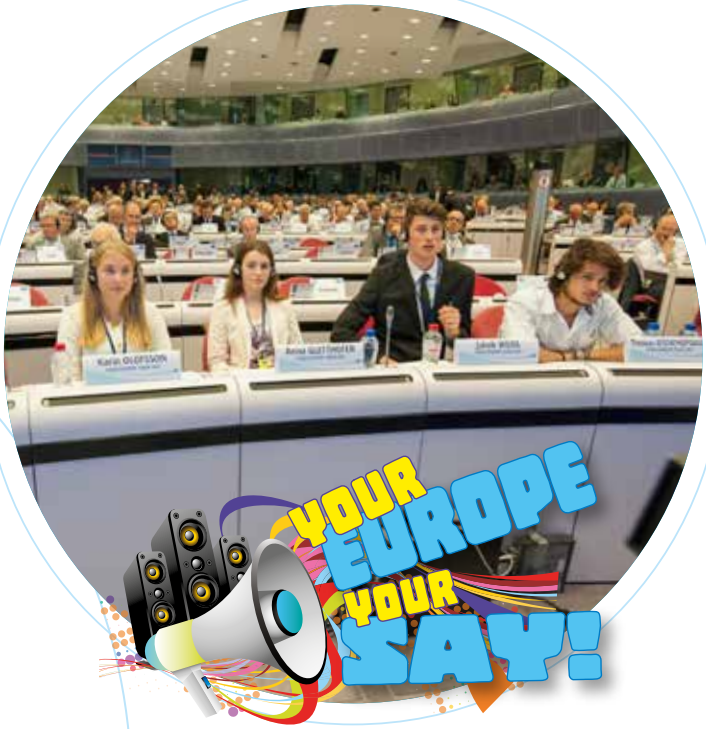
Rund 100 Schüler und Lehrer – drei Schüler und ein Lehrer je Mitgliedstaat – werden in das Zentrum der EU eingeladen, um hier über Politik zu diskutieren und sich für Themen einzusetzen, die für junge Menschen in Europa von Bedeutung sind.

Die Konferenz „Your Europe, Your Say" fand im März 2014, im Vorfeld der EU-Wahlen und der Ernennung einer neuen Europäischen Kommission, im EWSA statt. Es war der rechte Zeitpunkt, um die Stimmen junger Menschen zu hören.

Die Schulen wurden aus mehr als 700 Bewerbern ausgelost, die alle auf die Chance hofften, einen privilegierten Einblick in die Entscheidungsfindung der EU zu erhalten. Die Schüler im Alter von 16-17 Jahren hatten die Möglichkeit, sich unter Mithilfe von EWSA-Mitgliedern aus ihrem Heimatland auf die Veranstaltung vorzubereiten. Die Mitglieder besuchten Schulen, um den Schülern die Arbeit des Ausschusses und seine Aktivitäten im Interesse der Zivilgesellschaft vorzustellen.

Die Schüler nahmen an einer simulierten Plenartagung teil, in deren Rahmen sie die Möglichkeit hatten, fünf Handlungsvorschläge auszuwählen, die Europa zu einem besseren Zuhause machen sollen, das besser auf die Bedürfnisse und Erwartungen seiner (jungen) Bürger eingestellt ist. Die fünf Forderungen wurden danach offiziell dem zukünftigen Europäischen Parlament übermittelt.

> Die Themen Bildung, Umwelt und Arbeitssuche sind den Schülern die vorrangigsten Anliegen.



„Wir verstehen, dass die Arbeit, die in Straßburg und Brüssel geschieht, entkoppelt vom Alltagsleben und eher fern erscheinen mag", meint die Vizepräsidentin des EWSA, Jane Morrice, nachdenklich. „Aber wir wollen wirklich jeden ermutigen, sich an den Debatten zu beteiligen und an der Gestaltung von Politik und den Entscheidungen, die von unseren Regierungen und Politikern auf EU-Ebene getroffen werden, Anteil zu haben ... Ich habe da so eine Ahnung, dass junge Menschen den Erwachsenen durchaus das eine oder andere beibringen könnten!", fügt sie hinzu.

In die Zukunft geblickt

Bei der Endabstimmung über die Forderungen zeigte sich, dass die Themen Bildung, Umwelt und Arbeitssuche sind den Schülern die vorrangigsten Anliegen. Von einer Liste mit 14 Themen wurden folgende als besonders wichtig erachtet: gleiche Bildungschancen, die Weiterentwicklung des Sprachunterrichts; die Förderung von Forschung und Innovation, um erneuerbare Energien und die Wiederverwertung von Rohstoffen voranzubringen; die Anerkennung von Arbeitserfahrung unabhängig von Form und Dauer (z.B. Praktika, Freiwilligenarbeit, Saisonarbeit usw.); der Einsatz für Chancengleichheit.

Die jungen Europäer bewiesen ein ausgeprägtes Bewusstsein für aktuelle Probleme sowie für weitreichende europäische Werte. Durch Diskussionen und Verhandlungen in Arbeitsgruppen wurden sprachliche und kulturelle Hindernisse überwunden, um schließlich eine gemeinsame europäische Identität zu erarbeiten. Beim Blick in die Zukunft, ins Jahr 2030, waren alle zuversichtlich, nur bezüglich des Zustands der Umwelt war man besorgt.

Bei der abschließenden Jugendplenartagung lud EWSA-Präsident Henri Malosse eine fünfköpfige Schüler-Delegation ein, ihre Standpunkte auf der 500. Plenartagung des EWSA am 9. Juli 2014 zu erörtern. Die Fünf aus Zypern, Deutschland, Österreich, Schweden und Kroatien sprachen vor rund 500 Zuhörern, EWSA-Mitgliedern und EU-Entscheidungsträgern aus anderen Bereichen.

Einer der Jugendlichen, Theseas Efstathopoulos, zeichnete ein Bild von der Benachteiligung armer Familien in seinem Heimatland Zypern wegen der Sparpolitik. „Es ist notwendig, Rechte auch in die Praxis umzusetzen, eine Chancengleichheit bei der Bildung kann nicht existieren, wenn es soziale Ungleichheit gibt", warnte er.

FACHGRUPPE WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION, WIRTSCHAFTLICHER UND SOZIALER ZUSAMMENHALT (ECO)

Regionalpolitik: EWSA ist einen Schritt voraus

Der EWSA unterstützt die EU-Regionalpolitik bei ihren Anstrengungen, Solidarität und Entwicklung zu fördern. Eigentlich hat der Ausschuss seit einigen Jahren bereits die Führungsrolle in diesem Bereich inne. Partnerschaftsabkommen, Stadtentwicklung und makroregionale Strategien sind drei eindeutige Beispiele für diese Rolle.

Damit die Regionalpolitik bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im Bereich Investitionen und Bekämpfung der EU-weiten Krise Erfolge verzeichnen kann, muss die Zivilgesellschaft ein Mitspracherecht in jedem Stadium der Planung und Umsetzung haben.

Dank seiner Beharrlichkeit und Entschlossenheit hat der Ausschuss es geschafft, das „Partnerschaftsprinzip" als einen der fundamentalen Grundsätze der EU-Kohäsionspolitik durchzusetzen und somit alle Interessenvertreter miteinzubeziehen.

„Aus dem Blickwinkel der Zivilgesellschaft wäre ich jetzt sehr glücklich", beteuert der ehemalige Fachgruppenvorsitzende Michael Smyth aus Nordirland. „Nach Jahren der Lobbyarbeit und des Nachhakens haben die politischen Verantwortlichen in Europa endlich das Partnerschaftsprinzip in der Kohäsionspolitik und bei den makroregionalen Kooperationsstrategien akzeptiert. Theoretisch bedeutet das, dass die Zivilgesellschaft in Zukunft bei Entwurf, Auswahl, Umsetzung und Evaluierung von Kohäsionsprojekten und -programmen eine konstruktive Rolle innehaben wird." Die Lobbyarbeit hat sich offensichtlich ausgezahlt, da derzeit die Mehrheit der EU-Länder Partnerschaftsabkommen mit der Europäischen Kommission unterhält.

> Community-led Local Development ermächtigt Bürger auf der lokalen Ebene, an der Erarbeitung von Lösungen für soziale, wirtschaftliche Herausforderungen und Probleme im Umweltbereich mitzuwirken.

Der EWSA hört den Städten zu

Seit zehn Jahren mahnt der EWSA die EU-Entscheidungsträger, die besonderen Charakteristika von Metropolregionen zu erkennen und nach einem ideenreichen Ansatz für eine städtische Erneuerung im 21. Jahrhundert zu trachten. „Wirtschaftliche, soziale, territoriale und Umwelttrends, gepaart mit schlechten finanziellen Aussichten, verlangen dringend nach einer kohärenten EU-Städtepolitik, die eng mit der Europa-2020-Strategie verwoben ist", schrieb der niederländische ECO-Vorsitzende Joost van Iersel im Jahr 2007. Einmal mehr hat die Kommission die Pionierrolle des Ausschusses anerkannt. Dank der Beharrlichkeit der Vertreter der Zivilgesellschaft wurde die Wichtigkeit der Städte erkannt, und die zuständige Hauptabteilung der Kommission heißt nun Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung. Nachhaltige städtische Entwicklung trägt erwiesenermaßen zur EU Wettbewerbsfähigkeit in einer sich ständig verändernden Welt bei.

Der Ausschuss verleiht Städten und ihren Bewohnern auch weiterhin eine Stimme. Er führt einen strukturierten Dialog mit Vertretern großer Städte, einschließlich Bürgermeistern, Architekten, Handelskammern und Universitätsprofessoren. Bei den jährlichen Open Days des Ausschusses der Regionen und der Kommission wird vom EWSA stets ein Forum organisiert, bei dem große Städte Projekte vorstellen und ihre Erfahrungen mit anderen teilen können. In seiner Rolle als Vermittler leitet der Ausschuss die Ergebnisse an die europäischen Institutionen, die Zivilgesellschaft und andere Partner weiter.

Partnerschaften bei makroregionalen Strategien schaffen

Mit dem Ziel, benachbarte Länder zusammenzubringen, damit diese sich gemeinsam allgemeinen Herausforderungen stellen, sind die makroregionalen Strategien der EU einem Handlungsansatz von unten verpflichtet. Partnerschaften sind für den Erfolg dieser Strategien unumgänglich. Der EWSA setzt sich auch weiterhin für dieses Prinzip ein und ermutigt Menschen, bei Projekten Eigenverantwortung an der Basis zu übernehmen. Es gibt bereits Strategien für den Donauraum, den Ostseeraum, die Adria und das Ionische Meer; die Ausschussmitglieder arbeiten mit Vertretern der Zivilgesellschaft daran, diesen Ansatz auszuweiten.

Die Bevölkerung am Steuer

Der EWSA hat sich die Methode der von der örtlichen Bevölkerung betriebenen lokalen Entwicklung (Community-led Local Development, CLLD) zur Planung der Regionalpolitik zu eigen gemacht. Sie ermächtigt Bürger auf der lokalen Ebene, an der Erarbeitung von Lösungen für soziale, wirtschaftliche Herausforderungen und Probleme im Umweltbereich mitzuwirken. Mitgliedstaaten müssen in ihren Partnerschaftsverträgen genau festlegen, wie sie beabsichtigen, die CLLD umzusetzen, im Rahmen welcher Programme und in welchen Regionen. Der Ausschuss begrüßt diese neue Art der Verwirklichung von Partnerschaften auf lokaler Ebene. Der EWSA hört alle Interessenvertreter an, um ein ausgewogenes und pragmatisches Bild dieses Ansatzes zu erhalten und die Entscheidungsfindung näher an die Menschen und ihre Bedürfnisse heranzutragen.

Lebewohl, geplante Obsoleszenz!

Geplante Obsoleszenz ist eine bewusste Geschäftsstrategie, die ihren Anfang in den 1930er-Jahren nahm. Man versuchte die Nachfrage anzukurbeln, indem man die Verbraucher dazu zwang, ihre abgenutzten und veralteten Produkte schneller zu ersetzen. Im 21. Jahrhundert ist diese Praxis, die man auch als „Verkürzung der Erneuerungszyklen" kennt, jedoch zu einer Bedrohung für die Gesellschaft geworden, da wertvolle Ressourcen verbraucht und Umwelt-, gesundheitliche und wirtschaftliche Schäden verursacht werden.

Die Beratende Kommission für industriellen Wandel des EWSA hat sich entschieden, gegen diesen seit einem Jahrzehnt wachsenden Trend aufzutreten. Das EWSA-Mitglied Thierry Libaert und der CCMI-Delegierte Jean-Pierre Haber erarbeiteten eine erste Stellungnahme mit dem Titel „Für einen nachhaltigeren Konsum: die Lebensdauer von Industrieprodukten und die Verbraucherinformation zugunsten eines neuen Vertrauens", besser bekannt als die Stellungnahme zur geplanten Obsoleszenz. Ihr folgte 2014 eine weitere EWSA-Stellungnahme von Bernardo Hernández Bataller: „Gemeinschaftlicher oder partizipativer Konsum: ein Nachhaltigkeitsmodell für das 21. Jahrhundert".

Unter Berücksichtigung der Meinungen der Interessenvertreter bei einer öffentlichen Anhörung im Jahr 2013 forderte die erste Stellungnahme ein völliges Verbot der geplanten Obsoleszenz. CCMI-Vorsitzender Carlos Trias Pintó erklärt: „Unglücklicherweise gibt es einen Mangel an Transparenz, weil die Mehrheit der Produzenten keine relevanten Verbraucherinformationen veröffentlicht. Obwohl die Bürger die unzulässigen Geschäftspraktiken im Bereich der Obsoleszenz oft erahnen, haben sie keine Möglichkeit, dies auch nachzuweisen."

> Es ist sehr wichtig, das umfassende Gesellschaftsmodell zu definieren, das wir in der Zukunft haben wollen.

Auf der politischen Agenda

Diese zwei Stellungnahmen führten zu einem neuen, umfassenden Projekt in diesem Themenbereich. Das Projekt erschöpfte sich nicht in einer einmaligen Aktion, sondern beinhaltete eine Reihe von Veranstaltungen, Stellungnahmen, Erklärungen, Artikeln und Folgeaktivitäten, um sicherzustellen, dass die Frage der geplanten Obsoleszenz in die politische Tagesordnung der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments aufgenommen wurde.

„Auch nach Veröffentlichung unserer Stellungnahme zur geplanten Obsoleszenz hat der EWSA weiterhin eine aktive Rolle bei der Anregung einer dynamischen Debatte zwischen Interessengruppen und Institutionen inne", fügt Trias Pintó hinzu. Das Projekt verband die Frage von gemeinschaftlichem Konsum und eingebauter Obsoleszenz im Rahmen der Suche nach neuen Formen für wirtschaftlicheren, umweltschonenderen und konsumentenfreundlicheren Verbrauch.

Die bisherigen Aktivitäten umfassten eine Konferenz in Madrid im Juni 2014, auf der bewährte Verfahren erörtert wurden, eine öffentliche Anhörung in Brüssel im September 2014 mit dem Titel „Hin zu einer Kreislaufwirtschaft: Ein Null-Abfallprogramm für Europa" und ein Rundtischgespräch über „geplante Obsoleszenz" einen Monat später. Die spanische Konferenz schloss mit der sogenannten Madrider Erklärung, die ein Manifest für das CCMI-Projekt ist.

Das Projekt entwickelte sich dank der Teilnahme der großen Zahl an Interessenvertretern zu einer Erfolgsgeschichte und hat sehr positive Rückmeldungen von den Medien in verschiedenen Ländern wie Spanien, Frankreich und Deutschland erhalten. Gleichzeitig arbeitet der EWSA immer enger mit der Kommission und dem Parlament zusammen. „Es ist sehr wichtig, das umfassende Gesellschaftsmodell zu definieren, das wir in der Zukunft haben wollen", bestätigte MdEP Pascal Durand.

„Ich beabsichtige in diesem Zusammenhang, einen Entschließungsentwurf im Europäischen Parlament zum Thema geplante Obsoleszenz in Europa einzubringen, damit einheitliche rechtliche Standards erreicht werden."

In einer von der CCMI initiierten Studie soll außerdem festgestellt werden, ob eine Kennzeichnung bezüglich der geschätzten Lebensdauer von Produkten das Konsumverhalten beeinflussen würde. Bleiben Sie dran...!

***CCMI:** Abkürzung für *Commission consultative des mutations industrielles.*

Verbraucher in Europa haben gesetzlich bindende Rechte, und selbst eine lange andauernde Wirtschaftskrise ist keine Entschuldigung für eine Vernachlässigung dieser Rechte.

FACHGRUPPE BINNENMARKT, PRODUKTION UND VERBRAUCH (INT)

Verbraucher als Motor der wirtschaftlichen Erholung

Der Europäische Verbrauchertag, der jährlich vom EWSA veranstaltet wird, fand am 14. März 2014 zum 16. Mal statt. Im Mittelpunkt stand ein besonders wichtiges Thema: „Verbraucherschutz und soziale Einbeziehung in Zeiten der Krise".

An diesem Tag fand eine Konferenz im Rathaus von Thessaloniki, Griechenland, statt, die vom EWSA mit Unterstützung des griechischen Verbraucherschutzzentrums KEPKA organisiert wurde.

Verbraucher in Europa haben gesetzlich bindende Rechte, und selbst eine lange andauernde Wirtschaftskrise ist keine Entschuldigung für eine Vernachlässigung dieser Rechte. Verrichten die Aufsichtsbehörden ihre Arbeit oder haben Verbraucherrechte in diesen schwierigen Zeiten zu leiden? Und welche Schritte sind erforderlich, um der Überschuldung und finanziellen Ausgrenzung Herr zu werden? Dies waren einige der Fragen, die von hochrangigen europäischen und nationalen Experten auf der Konferenz erörtert wurden.

Unter den Teilnehmern befand sich auch der Kommissar für Verbraucherschutz, Neven Mimica. „Indem wir den Konsumenten helfen, können wir die Verbraucherpolitik zur Politik für eine wirtschaftliche Erholung machen", erklärte er. „Wir müssen sicherstellen, dass die Verbraucher nicht übervorteilt werden und die bestmöglichen Konditionen erhalten."

„Beim Europäischen Verbrauchertag geht es darum, den Konsumenten zu helfen, ihre eigene Macht zu erkennen, ihr Wissen über ihre Rechte zu stärken und sie zu ermutigen, davon im Alltag auch vollen Gebrauch zu machen. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass Märkte für Verbraucher arbeiten und nicht umgekehrt", so Kommissar Mimica.

Rund 200 Vertreter von Verbrauchergruppen und aus der Geschäftswelt sowie griechische Bürger, die besonders von der Krise betroffen sind, konnten an der Veranstaltung teilnehmen und ihren Ansichten Ausdruck verleihen. Die Veranstaltung fiel mit der Erstellung einer EWSA-Stellungnahme zu „Verbraucherschutz und Überschuldung" zusammen, die im April 2014 angenommen wurde.

Umdenken beim Konsum

Der EWSA verfolgt auch neue Entwicklungen im Verbraucherverhalten aufmerksam. Seine Stellungnahme vom Januar 2014 zum Thema „Gemeinschaftlicher oder partizipativer Konsum" war der Startschuss für zahlreiche Aktivitäten. Darin heißt es: „Der gemeinschaftliche oder partizipative Konsum hält weltweit Einzug: Immer mehr Teile der Bevölkerung in immer mehr Städten nutzen die technologischen Netze, um in einem bisher nicht gekannten Ausmaß Produkte zu mieten, verleihen, tauschen, schenken oder teilen und so aus weniger mehr zu machen."

Diese Praxis hat nicht nur Auswirkungen auf Armut und Abfall, sondern kann „in den nächsten Jahren eine wichtige Beschäftigungsquelle bieten". Der EWSA forderte die Kommission auf, diese Frage in ihr Arbeitsprogramm aufzunehmen. Der Ausschuss tat sich mit anderen Interessenvertretern zusammen, um im Juli 2014 eine Konferenz in Brüssel mit dem Titel „Ankurbelung von Partnerschaften beim gemeinschaftlichen Konsum" abzuhalten, auf der untersucht wurde, welche Art von politischem Rahmen notwendig ist, damit Mitgliedstaaten, Unternehmen, Verbraucher und örtliche Bevölkerungsgruppen vom gemeinschaftlichen Konsum profitieren können.

Die europäische Zivilgesellschaft geht in die Offensive gegen Roaminggebühren

Grenzüberschreitende Mobilität und Handel nehmen zu, Millionen von Europäern reisen aus privaten oder beruflichen Gründen von einem EU-Mitgliedstaat in einen anderen. Die Möglichkeit, zu einem vernünftigen Preis zu kommunizieren und einfach Daten auszutauschen, ist von großer Wichtigkeit. Aber wie auch Rom nicht an einem Tag erbaut wurde, nimmt der EU-Binnenmarkt für Dienstleistungen wie Telekommunikation nur langsam Form an.

Hohe Roaminggebühren für Telefonie haben in einem vereinten Europa zu Preisbarrieren in der Kommunikation geführt. Die Tatsache, dass man in anderen EU-Ländern mehr für Sprachtelefonie und Datenübertragung mit Mobilgeräten zu bezahlen hat, hat viele vom Kommunizieren abgehalten, und zahlreiche Europäer waren nach einem Sommerurlaub oder einer Geschäftsreise ins Ausland über die Rechnung ihres Mobilfunkanbieters entsetzt.

2013 handelte dann die damalige Kommissarin Neelie Kroes auf Veranlassung zivilgesellschaftlicher Bewegungen, wie der Europäischen Bürgerinitiative One Single Tariff. EWSA-Präsident Henri Malosse war einer der ersten „Bürger", der diese Initiative, die ein Ende der Roaminggebühren in der EU forderte, unterstützte. Kommissarin Kroes legte schließlich ein umfassendes Politikkonzept unter dem Titel „Vernetzter Kontinent" vor, das auch Maßnahmen für die Frequenzvergabe, Regulierung und Verwaltung vorsah. Das Paket „Vernetzter Kontinent" bewegt sich nur sehr langsam durch den Gesetzgebungsprozess und einige Mitgliedstaaten sind über die Veränderungen durch dieses Regelungspaket nicht gerade begeistert. Deswegen hat sich der EWSA der Aufgabe angenommen, das Roamingproblem auf der EU-Tagesordnung zu halten.

Im September 2013 wurde vom Ausschuss eine Online-Befragung von Interessenvertretungen initiiert, um Vorschläge für eine konkrete Strategie zu sammeln, die den Roaminggebühren in allen Bereichen innerhalb der EU ein Ende bereiten soll. Alle relevanten Interessengruppen der Zivilgesellschaft, einschließlich der Industrie und Verbraucherverbände, trugen zum Informationsbericht bei, der vom EWSA-Berichterstatter Raymond Hencks aus Luxemburg, einem Mitglied der Arbeitnehmergruppe, zusammengestellt wurde.

Lob für den EWSA

Bei einer öffentlichen Anhörung im Oktober 2013 lobte Roberto Viola, der sich im Auftrag der Europäischen Kommission einen Überblick über die Angelegenheit verschaffte, die Effizienz des EWSA, der es geschafft hatte, alle wichtigen Akteure, die Anteil am Roaming haben, an einen Tisch zu bringen und Druck auf die EU-Gesetzgeber auszuüben, um zu einer raschen Vereinbarung zu gelangen.

Der EWSA stand in ständigem Kontakt mit einer breiten Koalition von Organisationen der Zivilgesellschaft, um sicherzustellen, dass die nachdrücklichen Forderungen und Zusagen von EU Entscheidungsträgern, in der EU die Roaminggebühren abzuschaffen, auch in die Tat umgesetzt werden.

„Der EWSA setzt sich für die völlige Abschaffung aller Roaminggebühren ein und fordert die Gesetzgeber – den Rat oder das Europäische Parlament – auf, so schnell wie möglich dieses Ende anzustreben", meint Hencks. „Natürlich besteht ein Risiko. Wir haben vor allem zu verhindern, dass als Kompensationsmaßnahme nationale Tarife erhöht werden. Unser Ausschuss glaubt, dass die nationalen Regulierungsbehörden sicherstellen müssen, dass sowas nicht geschieht. Wir werden diese Angelegenheit weiterhin verfolgen und das Sprachrohr für die Stimmen der Zivilgesellschaft sein, die sich für eine völlige Abschaffung der Roaminggebühren aussprechen, weil sie in der EU anachronistisch und kontraproduktiv geworden sind."

Die Geburt eines europäischen Energiedialogs

Die Idee eines europäischen Energiedialogs (EED) entstand aus einer EWSA-Stellungnahme zu den „Erfordernissen und Methoden der öffentlichen Beteiligung im Bereich der Energiepolitik", die im März 2013 verabschiedet worden war.

Dahinter steht der Gedanke, dass sich die europäische Öffentlichkeit auf die zahlreichen regulatorischen, technischen und sozialen Veränderungen, die mit dem Übergang zu effizienten, nachhaltigen Energiesystemen einhergehen, vorbereiten und auch ein Mitspracherecht haben muss. Der EED soll über bestehende Konsultierungsverfahren hinausgehen und eine transparente, geordnete Zwiesprache in allen Mitgliedstaaten ermöglichen. Für ein tieferes Verständnis müssen Energiefragen zuerst als Teil eines umfassenden und verflochtenen Bildes erkannt werden.

Der EED will das Verständnis fördern und die Entscheidungsfindung in der Energiepolitik beeinflussen, Konvergenz anregen und die Kosten und Klimaziele berücksichtigen. Bürger, Organisationen der Zivilgesellschaft, nationale und lokale Behörden und alle Arten von Energieorganisationen nehmen daran teil. Der Dialog führt verschiedene Perspektiven zusammen und stellt sicher, dass Handlungen auf nationaler und regionaler Ebene den größeren europäischen Zusammenhang berücksichtigen. Außerdem könnten durch den Dialog die teilweise widersprüchlichen Ziele – wie Sicherheit und Nachhaltigkeit versus Finanzierbarkeit – in Einklang gebracht werden.

Mögliche Themen für weitere Überlegungen sind Energieerzeugung und Verbrauchsverhalten; Präferenzen der Bürger; Infrastruktur und Netze; Energieeffizienz, Bildung, Kosten und Finanzierbarkeit; Innovationen beim Energiemanagement, um nur einige Bereiche zu erwähnen.

> Der EWSA hat stets die Meinung vertreten, dass die Zivilgesellschaft Anteil an einer integrierten und effektiven Energiepolitik haben muss.

Erreichte Ziele und Aussichten

Der EWSA hat stets die Meinung vertreten, dass die Zivilgesellschaft Anteil an einer integrierten und effektiven Energiepolitik haben muss. Der EED fördert die partizipative Demokratie und stellt sicher, dass die Interessengruppen in allen Mitgliedstaaten in energiepolitische Entscheidungen einbezogen werden. Die Europäische Kommission hat bereits anerkannt, dass dies Vertrauensbildung durch eine ehrliche und ausgewogene Erhebung des bestehenden Know-hows und die Möglichkeiten und Herausforderungen neuer Technologien bedeutet. Parallel zu diesem Ansatz wurde die Notwendigkeit eines Engagements der Bürger und eines strukturierten Dialogs über Energie in der jüngsten Mitteilung der Kommission bezüglich der Energieunion klar erkannt. Sie stellt mündige Bürger ins Zentrum der Umsetzung einer Energieunion und macht den Energiedialog zu einem der wesentlichsten Punkte ihrer neuen Regierungsführung.

Die EWSA-Mitglieder treffen ihre Pendants in der Kommission bereits regelmäßig und arbeiten mit diesen eng in Sachen Klima- und Energiepolitik und Energieunion zusammen. Sie setzen sich für den EED als unterstützendes Verfahren zur Stärkung dieser Politiken und Förderung ihrer Umsetzung ein, um sie mit den Erwartungen der Bürger in Einklang zu bringen. Sie sprechen bei Veranstaltungen der Kommission und werben für den EED bei Interessengruppen und in der Zivilgesellschaft im Allgemeinen. Der Ausschuss organisierte beispielsweise im Mai 2013 in Paris eine große Konferenz über die Energiewende und die Beteiligung der Öffentlichkeit, an der auch Energieminister und zahlreiche Vertreter der Zivilgesellschaft aus verschiedenen EU-Ländern teilnahmen. Im Juni 2014 nahm der EWSA auch an einer Konferenz über Energiepreise teil und brachte Vertreter der gesamten Energiekette und der Zivilgesellschaft an einen Tisch. Der Ausschuss betonte die Wichtigkeit der Einbeziehung der Öffentlichkeit und des Dialogs, um die Preisbildungsmechanismen zu verbessern und das Verständnis und die Akzeptanz der Schwierigkeiten einer Energiewende zu fördern.

Der Dialog wird eine breite Palette an Aktivitäten umfassen, die grundsätzlich von anderen institutionellen und nicht-institutionellen Partnern durchgeführt und finanziert werden. Während die Kommission weiterhin konkrete Maßnahmen zur Verwirklichung einer Energieunion setzt, wird der EWSA die Idee des EED weiter verfolgen und auch den Interessengruppen kommunizieren, damit der Dialog Eigendynamik entwickelt und zu einer effektiven Zwiesprache über Energie führt. Der Ausschuss wird im Besonderen den EED als ein wesentliches Element der Politikgestaltung und umsetzung fördern als paralleles unterstützendes Verfahren, das Verständnis, Akzeptanz und ein Gefühl der Mitverantwortung bezüglich der Vision einer Energieunion und der politischen Maßnahmen anregen soll.

FACHGRUPPE LANDWIRTSCHAFT, LÄNDLICHE ENTWICKLUNG, UMWELTSCHUTZ (NAT)

Lebhafte Debatte über die Erneuerbare-Energien-Richtlinie

Europa kann seine Klima- und Energieprobleme nur lösen, wenn für Kleinerzeuger der geeignete Rahmen geschaffen wird, in dem ihre Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien gedeihen können. Mit diesem Ziel vor Augen machte sich der EWSA daran, die Bedingungen zu bewerten, die notwendig sind, damit Bürgerinnen und Bürger, Gemeinschaften, Landwirte, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Gebietskörperschaften ihre eigenen Initiativen im Bereich der erneuerbaren Energien entwickeln können.

Im Oktober 2014, nach zahlreichen Treffen mit Behörden und Interessenträgern in sechs Mitgliedstaaten und einer parallel dazu durchgeführten Auswertung bereits vorhandenen Materials, kam der Ausschuss zu dem Ergebnis, dass es keine kohärente Strategie zur Entfaltung des Potenzials von dezentral erzeugter Energie gibt. Im Gegenteil – wiederholte Änderungen in der Politik und zunehmend komplexe und kostenintensive Verwaltungsverfahren haben zu erheblichen Nachteilen der Kleinerzeuger gegenüber den großen geführt, was einen Rückgang der Neuinvestitionen zur Folge hatte, sodass einige Interessenträger bereits befürchten, dass die Ziele Europas auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien möglicherweise nicht erreicht werden könnten.

Laut Lutz Ribbe, Vorsitzender der Beobachtungsstelle für nachhaltige Entwicklung im EWSA, ist es der Zivilgesellschaft in vielen Mitgliedstaaten nur begrenzt möglich, sich an der Energiewende zu beteiligen. „Es ist jedoch die gemeinsame Kraft und Motivation von Bürgerinnen und Bürgern, Landwirten, Genossenschaften, Gebietskörperschaften und kleinen Unternehmen, die aus dem EU Klima- und Energiepaket 2030 eine Erfolgsgeschichte machen kann. Mit gezielter politischer Unterstützung kann dezentral erzeugte erneuerbare Energie zu einem Schlüsselelement für den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft werden."

> Mit gezielter politischer Unterstützung kann dezentral erzeugte erneuerbare Energie zu einem Schlüsselelement für den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft werden.

Empfehlungen

Dezentral erzeugte Energie geht mit lokaler Entwicklung und der Schaffung von Arbeitsplätzen einher und ermöglicht einen schnelleren Übergang zu einer nachhaltigen Energieversorgung, da sie für eine Bündelung der Finanzmittel sorgt und die Akzeptanz für Infrastrukturen für erneuerbare Energien erhöht. Der EWSA empfiehlt der EU und ihren Mitgliedstaaten, dezentral erzeugte erneuerbare Energie mithilfe folgender Maßnahmen zu einem politischen Schwerpunkt zu machen:

- langfristige Strategien, stabile politische Rahmenbedingungen und gezielte Fördermechanismen für dezentral erzeugte Energie;
- Mechanismen, die dezentral erzeugte Energie fördern (wie regelmäßig angepasste Einspeisungstarife in Kombination mit einer Netto-Stromverbrauchsabrechnung) und für eine leichte und erschwingliche Netzanbindung sorgen;
- einfache, schnelle und kostengünstige Verwaltungsverfahren (z.B. sollten Projekte für dezentral erzeugte Energie von der Pflicht zur Durchführung von Vergabeverfahren und Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Direktvermarktung befreit werden).

Die Ergebnisse der Folgenabschätzung zur Erneuerbare-Energien-Richtlinie wurden dem EWSA-Plenum im Januar vorgestellt. Die wichtigsten Ergebnisse wurden auch bei verschiedenen Konferenzen wie beispielsweise der „Local Renewables Conference" des ICLEI in Freiburg (Deutschland, Oktober 2014) vorgestellt und weckten bei den zahlreich erschienenen Vertretern von Gebietskörperschaften und Interessenträgern reges Interesse. Der Bericht, einschließlich einer Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger, wird auf breiter Ebene veröffentlicht werden. Der EWSA und der Ausschuss der Regionen haben überdies am Rande der Konferenz der Vertragsparteien (COP 20) des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) in Lima (Peru, Dezember 2014) eine Nebenveranstaltung „Erneuerbare Energien als Chance für die lokale Entwicklung" organisiert. Der EWSA empfiehlt der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament, bei der Ausarbeitung der Rechtsakte zur Durchführung des Klima- und Energiepakets 2030 politische Rahmenprogramme zur Förderung von dezentral erzeugter Energie zu entwickeln. Ferner empfiehlt der Ausschuss den Ständigen Vertretungen und Mitgliedstaaten, dezentral erzeugte Energie über ihre eigenen rechtlichen Rahmenregelungen und Vorschriften zu fördern.

Portal des EWSA zur Erneuerbare-Energien-Richtlinie:
http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.sdo-observatory-red

Denkanstöße zum Thema Lebensmittelverschwendung

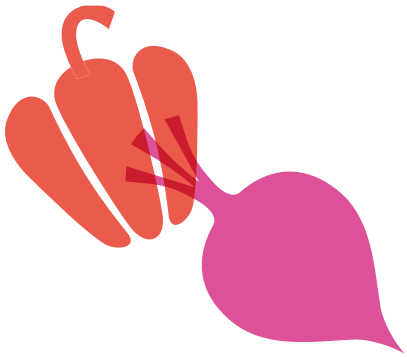
Die EWSA-Kampagne gegen Lebensmittelverschwendung begann im März 2013 mit einer Stellungnahme zum „Beitrag der Zivilgesellschaft zu einer Strategie zur Vermeidung und Verringerung von Lebensmittelverlusten und gegen Lebensmittelverschwendung". In den Schlussfolgerungen und Empfehlungen dieser Stellungnahme wurde die Lebensmittelindustrie dazu aufgefordert, insbesondere im Kontext der Wirtschaftskrise so viele Produkte wie möglich, die noch für den Verzehr geeignet sind, an Lebensmittelbanken weiterzugeben.

Der Verfasser der Stellungnahme, Yves Somville, erklärt dazu, dass der Ausschuss der Ansicht sei, dass die Vermeidung und Verringerung von Lebensmittelverlusten und -verschwendung in einer Welt, in der viele Menschen hungern und die Ressourcen begrenzt sind, dringend ganz oben auf die politische Tagesordnung gesetzt werden müsse. Laut den Zahlen der Europäischen Kommission werden jedes Jahr in der EU über 100 Millionen Tonnen Lebensmittel verschwendet (Schätzung für 2014). Wird nichts unternommen, ist davon auszugehen, dass die Lebensmittelverschwendung bis 2020 auf etwa 126 Millionen Tonnen ansteigen wird.

Infolgedessen hat der Präsident des EWSA, Henri Malosse, die Lebensmittelverschwendung zu einer Priorität des Ausschusses erklärt, wobei der Schwerpunkt auf dem noch weitgehend ungenutzten Potenzial von Lebensmittelspenden bei der Verringerung der Lebensmittelverschwendung liegt.

Geben leichter machen

Der EWSA gab zunächst eine Studie über die Rechtsvorschriften und Verfahren im Zusammenhang mit Lebensmittelspenden in den Mitgliedstaaten in Auftrag. Dabei wurden die wichtigsten Hindernisse und bewährten Verfahren auf diesem Gebiet aufgezeigt sowie Empfehlungen



entwickelt, welche Rechtsetzungsmaßnahmen sinnvoll wären und wie die Rechtsvorschriften interpretiert werden sollten, um Lebensmittelspenden zu erleichtern.

Diese Empfehlungen wurden bei einer Konferenz zum Thema „Food donation: Fighting food poverty and addressing food waste" im Juli 2014 erörtert. Dabei gelangte man zu dem Schluss, dass die EU Leitlinien zu einer Hierarchie bei der Verwendung von Lebensmitteln veröffentlichen sollte, die der Ernährung der Menschen durch die Vermeidung von Lebensmittelverschwendung und das Spenden unverkaufter Lebensmittel vor der Abfallbewirtschaftung durch Kompostierung, anaerobe Zersetzung oder Entsorgung auf einer Deponie ganz klar Priorität einräumt. Man schlug auch vor, gespendete Lebensmittel von der Mehrwertsteuer zu befreien, und forderte die EU auf, die Haftung der Spender für Lebensmittel, die den gesetzlichen Qualitäts- und Etikettierungsvorschriften entsprechen und in gutem Glauben gespendet werden, einzuschränken. Dies sollte von einem klaren, harmonisierten System für die Rückverfolgbarkeit von Lebensmittelerzeugnissen flankiert werden. Die Lebensmittelverschwendung könnte überdies durch die Befreiung einer größeren Anzahl von Produkten von der Pflicht zur Angabe eines Mindesthaltbarkeitsdatums reduziert werden.

Im Rahmen seiner Arbeit hat der EWSA Partnerschaften mit Organisationen der Zivilgesellschaft, einschließlich Lebensmittelbanken, Sozialdiensten, Landwirtschafts- und Handelsverbänden und nichtstaatlichen Organisationen aufgebaut und das Interesse anderer EU-Institutionen und der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) geweckt. Die Mitglieder sind derzeit mit „Going-local"-Aktivitäten befasst, um die Ergebnisse der Studie in Belgien, Spanien, Frankreich und der Slowakei zu verbreiten. Außerdem gibt es auch gemeinsame Aktivitäten von Ausschuss und Privatsektor – große Einzelhandelsunternehmen und Supermarktketten –, da diese eine wichtige Rolle bei der Vermeidung und Verringerung von Lebensmittelverschwendung und der Förderung von Lebensmittelspenden spielen. Ferner plant der EWSA, sich an von der Generaldirektion Gesundheit und Lebensmittelsicherheit der Europäischen Kommission im Rahmen der Expo 2015 organisierten Veranstaltungen zur Lebensmittelverschwendung zu beteiligen.

Überdies hat man damit begonnen, die Möglichkeit der Spende von Beifängen – die gemäß den letzten Reformen der Gemeinsamen Fischereipolitik nur für den nicht-menschlichen Verzehr (z.B. als Fischmehl, Tierfutter) verwendet werden dürfen – an Suppenküchen oder Lebensmittelbanken zu prüfen.

Aufgrund des Interesses, das die Arbeit des EWSA in diesem Bereich bei vielen unterschiedlichen Interessenträgern geweckt hat, könnte diese Arbeit die Gesetzgebung, die Entwicklung von Leitlinien und die Verfahren für Lebensmittelspenden sowohl auf EU-Ebene als auch auf nationaler Ebene beeinflussen.

Auszeichnung für besondere Leistungen bei der Unterstützung von Roma

Der Preis für die organisierte Zivilgesellschaft, der jedes Jahr vom EWSA verliehen wird, ist ein sehr gutes Mittel, das Engagement und die Erfolge europäischer Organisationen der Zivilgesellschaft hervorzuheben. Sie leisten eine wichtige Arbeit, die die Maßnahmen staatlicher Stellen ergänzt.

Nach Ansicht von EWSA-Vizepräsidentin Jane Morrice sind Organisationen der Zivilgesellschaft das Herz und die Seele der EU. Sie seien es, die die ganze Arbeit machten, und der Preis für die organisierte Zivilgesellschaft diene dazu, diese Arbeit zu würdigen und vorzustellen.

Der Preis, der 2006 zum ersten Mal verliehen wurde, geht an Organisationen oder Einzelpersonen aus einem der 28 EU-Mitgliedstaaten, die sich in besonderer Weise um die Stärkung der europäischen Identität und Integration, der partizipativen Demokratie und der aktiven Bürgerschaft verdient gemacht haben. Er trägt zur Sensibilisierung der Menschen für die zentrale Rolle bei, die die Zivilgesellschaft bei der Förderung der gemeinsamen Werte – die Grundpfeiler der europäischen Solidarität – spielt. Der Preis beschäftigt sich jedes Jahr mit einem anderen Thema, und 2014 ging es um die Auszeichnung von Initiativen, die sich speziell um die bessere wirtschaftliche und soziale Integration von Roma bemühen.

Die Wahl dieses Themas war kein Zufall. Die Ergebnisse der Europawahlen 2014 hatten einen besorgniserregenden Anstieg der Stimmen für rassistische und ausländerfeindliche Parteien, die ethnischen Minderheiten gerne die Schuld an den aktuellen Wirtschaftsproblemen Europas geben, gezeigt. Der EWSA wollte zeigen, dass er Bemühungen um die Förderung von Toleranz und die Bekämpfung der Ausbreitung von Vorurteilen und Diskriminierung gegenüber einer der schutzbedürftigsten Gruppen in unserer Gesellschaft unterstützt.

2014 EESC CIVIL SOCIETY PRIZE

Rekordzahl

Am Wettbewerb nahmen 81 Kandidaten teil – ein neuer Rekord. Darunter befanden sich eine große Bandbreite an Initiativen, unter anderem zur Sensibilisierung von Nicht-Roma, zur Förderung von Chancengleichheit am Arbeitsplatz, zur Stärkung der Roma mit Blick auf eine umfassendere Beteiligung an politischen, wirtschaftlichen und sozialen Belangen in ihren Heimatländern und zur praktischen Unterstützung beim Zugang zu Wohnraum, zu Gesundheitsdiensten, zu Bildung und zu Beschäftigung.

Ein Bewertungsgremium erstellte eine Liste von acht herausragenden Projekten, die in die engere Auswahl der Jury, bestehend aus dem Präsidenten des EWSA, den beiden Vizepräsidenten, den Vorsitzenden der drei EWSA-Gruppen und dem Generalsekretär, kommen sollten. Präsident Henri Malosse erklärte, das Bemerkenswerte daran sei gewesen, dass die über 80 Projekte praktisch alle gut gewesen seien. Daher sei die Entscheidung außerordentlich schwergefallen.

Letztlich ging der erste Preis in Höhe von 15 000 EUR an das Zentrum für nachhaltige Entwicklung (ETP) in der Slowakei, eine gemeinnützige Organisation, die hauptsächlich mit Roma-Gruppen in der Ostslowakei zusammenarbeitet und ihre Integration durch die Verbesserung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Situation fördert. Die Arbeit des ETP konzentriert sich dabei auf fünf Hauptbereiche: Wohnraum, Bildung, Beschäftigung, Gesundheit und finanzielle Inklusion.

Bei der Preisverleihung erklärte die Direktorin des ETP, Slávka Macáková, man hoffe, dass ihre Initiative zur Stärkung der Roma den politischen Entscheidungsträgern in Europa als Vorbild dienen werde. Die Dienste des ETP seien allen zugänglich, kostenlos und würden auf freiwilliger Basis erbracht.

Die beiden Zweitplatzierten, von denen jeder 7 500 EUR erhielt, waren IQ Roma Servis, eine 1997 in der Tschechischen Republik gegründete gemeinnützige regierungsunabhängige Bürgervereinigung, die sich für die Belange der Roma einsetzt, und der Archimandrit Athinagoras Loukataris, ein Geistlicher, der das Projekt „Lighthouse of the World" zur Unterstützung schutzbedürftiger Roma – insbesondere von Kindern – in Nordgriechenland ins Leben rief.

EWSA-Preis für die organisierte Zivilgesellschaft:
http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.events-and-activities-civil-society-prize-2014
ETP Slovakia: www.etp.sk
IQ Roma Servis: www.iqrs.cz
Archimandrit Athinagoras Loukataris: www.farostoukosmou.gr

Das Recht auf Mobilität und Migration in einer globalisierten Welt müsse ein Grundprinzip sein.

FACHGRUPPE BESCHÄFTIGUNG, SOZIALFRAGEN, UNIONSBÜRGERSCHAFT (SOC)

Ein Platz für Migranten in Europa

Die Europäische Union ist nach wie vor ein attraktives Ziel für Migranten aus aller Welt. Auf kurze Sicht ist es für die europäischen Länder nicht immer leicht, mit dem Migrationsdruck umzugehen, doch langfristig können ihre Volkswirtschaften von der Ankunft von Menschen aus Drittländern, die Mut und Unternehmergeist mitbringen, nur profitieren.

Die Koordinierung auf europäischer Ebene ist jedoch von entscheidender Bedeutung, damit die Verantwortung geteilt werden kann und die Regierungen angemessen mit den Migrationsströmen umgehen können. Der EWSA bestärkt die Entscheidungsträger der EU fortwährend darin, eine gemeinsame Politik mit harmonisierten Rechtsvorschriften im Bereich Einwanderung und Asyl zu verfolgen. Gleichzeitig pflegt der Ausschuss Kontakte zu Menschen, die sich auf lokaler Ebene engagieren und sich um die Aufnahme und Integration von Neuankömmlingen in die Gesellschaft des Gastlandes kümmern.

2009 hat der EWSA eine Plattform für den Dialog zwischen den EU-Institutionen und Organisationen, die sich in der EU für die Integration von Migranten einsetzen, eingerichtet. Diese Plattform, das Europäische Integrationsforum, hat dafür gesorgt, dass regelmäßig Ideen für praktische Maßnahmen in nahezu allen Bereichen der Integration ausgetauscht werden. Das Europäische Integrationsforum wurde vor kurzem in das Europäische Migrationsforum umgewandelt und beschäftigt sich nun neben der Integration auch mit Migrations- und Asylfragen. Das neue Forum wird weiterhin gemeinsam mit der Europäischen Kommission verwaltet und das Sekretariat des Forums befindet sich beim EWSA.

Ein großer Erfahrungsschatz

Das Forum ist ein praktisches Beispiel für die Funktion des EWSA als Brückenbauer zwischen EU Institutionen und Zivilgesellschaft. Mit der umfangreichen Arbeit, einschließlich der Annahme zahlreicher Stellungnahmen, die der Ausschuss im Laufe der Jahre in den Bereichen Integration, Migration und Asyl geleistet hat, spielt er in Europa im Zusammenhang mit Migrationsfragen eine wichtige Rolle.

Der Ansatz des Ausschusses basiert dabei auf dem Grundsatz, dass die Grundrechte der Migranten zu achten und zu wahren sind. Luis Miguel Pariza Castaños, der den EWSA im Präsidium des Europäischen Migrationsforums vertritt, erklärt dazu, dass das Recht auf Mobilität und Migration in einer globalisierten Welt ein Grundprinzip sein müsse. Sich der Einwanderung zu verschließen, sei nicht mit den Interessen der Europäer, der Menschlichkeit, der heutigen Zeit und der gegenseitigen Abhängigkeit zwischen Europa und dem Rest der Welt vereinbar.

Da die Mitglieder des EWSA dafür bekannt sind, dass sie sich täglich mit diesen Themen beschäftigen und daher über entsprechende Fachkenntnis verfügen, werden sie häufig eingeladen, bei von internationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen, anderen EU-Institutionen, Forschungszentren und Think-Tanks organisierten Veranstaltungen über Integrations-, Einwanderungs- und Asylfragen zu sprechen.

Mehr Mitsprache der Zivilgesellschaft in Handelsverhandlungen

Die möglichen Auswirkungen internationaler Handelsabkommen auf die Bürgerinnen und Bürger in der EU sind seit Aufnahme der Gespräche über die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zwischen der EU und den USA Gegenstand kontroverser Debatten.

Durch den Vertrag von Lissabon und aufgrund der Tatsache, dass die nachhaltige Entwicklung inzwischen ein Element der EU-Handelspolitik ist, spielt der EWSA bei internationalen Handelsfragen eine immer wichtigere Rolle.

Insbesondere möchte der Ausschuss die Ausbreitung und Komplexität von Handelsverhandlungen, die die eigenen Vorschriften und Standards der EU schwächen, verhindern. Er ist der Ansicht, dass die wirtschaftlichen, sozialen und umweltbezogenen Aspekte von Handelsvereinbarungen eng miteinander verknüpft sind. Der EWSA arbeitet zu allen wichtigen Handelsverhandlungen Initiativstellungnahmen aus und verfolgt laufende Gespräche wie die mit den USA und Japan mit besonderer Aufmerksamkeit.

In seinen Stellungnahmen zu den Gesprächen mit den USA und Japan betont der EWSA die Notwendigkeit, während der Gespräche für mehr Transparenz zu sorgen und einen intensiveren Dialog mit der Zivilgesellschaft zu führen, um eine breite Unterstützung in der Öffentlichkeit zu erzielen.

Zum ersten Mal während der TTIP-Verhandlungen wurde nun einer aus drei Ausschussmitgliedern bestehenden Lenkungsgruppe Einblick in sämtliche Verhandlungsunterlagen gewährt. Der EWSA forderte die neue EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström, die transparentere Handelsverhandlungen befürwortet, auf, dieses bewährte Verfahren noch umfassender anzuwenden.

> Der EWSA arbeitet zu allen wichtigen Handelsverhandlungen Initiativstellungnahmen aus und verfolgt laufende Gespräche.

Der Vorsitzende des Begleitausschusses für internationalen Handel, Alexander Boyle, erklärte dazu, dass dies eine begrüßenswerte Anerkennung der Funktion des EWSA als Brücke zwischen der Zivilgesellschaft und anderen EU-Institutionen sei. Es sei wichtig, die Funktion des EWSA im Rahmen dieser neuen Philosophie der Transparenz anzuerkennen und bei allen laufenden und künftigen Handelsverhandlungen auf diesen stärker integrativen Ansatz zu setzen. Es dürfe kein Zurück mehr geben, denn das Weitergeben von Informationen sei ein zentraler Bestandteil der Transparenz.

Ferner hat der EWSA im Rahmen eines spezifischen TTIP-Projekts eine Reihe von zivilgesellschaftlichen Veranstaltungen und Stellungnahmen geplant, um seine Rolle als Koordinator einer gemeinsamen zivilgesellschaftlichen Position zu wichtigen Themen wie nachhaltige Entwicklung, Energie, kleine und mittlere Unternehmen und das umstrittene Instrument zur Beilegung von Investor-Staat-Streitigkeiten (ISDS), in dessen Rahmen spezielle Gerichte eingerichtet werden, an denen Investoren gegen Regierungen Klage einreichen können, zu stärken.

Kontrollfunktion

Der EWSA bemüht sich besonders um die Überwachung der in den bestehenden Freihandelsabkommen der EU enthaltenen Kapitel zur nachhaltigen Entwicklung und hat gefordert, dass gemeinsame zivilgesellschaftliche Kontrollorgane Teil des institutionellen Rahmens dieser Abkommen sein sollten. In der Folge wurde im Rahmen von EU-Handelsabkommen ein einzigartiges und innovatives zivilgesellschaftliches Kontrollsystem entwickelt, das die Auswirkungen auf beschäftigungspolitische, umweltbezogene und wirtschaftliche Aspekte der nachhaltigen Entwicklung bewertet. Seit 2012 stellt der EWSA auf Ersuchen der Europäischen Kommission Mitglieder für die in den EU-Handelsabkommen vorgesehenen Kontrollgremien zur Verfügung.

Der EWSA bemüht sich weiter darum, diese Organe zu unterstützen und mit den entsprechenden Stellen in den Partnerländern oder -regionen zusammenzuarbeiten und hat es geschafft, dass diese gemeinsamen Anstrengungen im Rahmen von Abkommen – wie zum Beispiel mit Zentralamerika und Kolumbien/Peru –, bei denen man nicht davon ausgegangen war, dass die Zivilgesellschaft zur Zusammenarbeit in der Lage wäre, von den Unterzeichnerstaaten anerkannt werden. Der EWSA macht auch gute Fortschritte bei seinen Anstrengungen, die wichtigsten europäischen Organisationen der Zivilgesellschaft, die auf breiter Basis wirtschaftliche und soziale Interessen vertreten, anstelle von branchenspezifischen Lobbys, Vertretern nationaler Interessen oder großen internationalen Organisationen in diesen Organen zu platzieren.

Das Netzwerk erarbeitet Programme zum Aufbau von Kapazitäten, die sich an afrikanische Organisationen der Zivilgesellschaft richten.

FACHGRUPPE AUSSENBEZIEHUNGEN (REX)

Das neue zivilgesellschaftliche Netzwerk EU-Afrika rüstet sich für die Zukunft

Mitglieder afrikanischer und europäischer Organisationen der Zivilgesellschaft zusammenzubringen ist der beste Weg, Wissen und Bewusstsein auf beiden Seiten zu mehren.

Der EWSA spielte bei der Organisation der allerersten Sitzung eines Netzwerks von Vertretern wirtschaftlicher und sozialer Interessenträger aus der EU und Afrika im März 2014 in Brüssel, bei dem über die 2007 von Staats- und Regierungschefs beider Seiten angenommene Gemeinsame Strategie EU-Afrika (JAES) diskutiert wurde, eine zentrale Rolle.

Vertreter von Arbeitgebern, Arbeitnehmern, Landwirten, Verbrauchern, Akteuren der Sozialwirtschaft und Genossenschaften beider Kontinente trafen sich, um Standpunkte auszutauschen und Empfehlungen für den Gipfel der Staats- und Regierungschefs Anfang April 2014 auszuarbeiten. Diese umfassten eine Reihe aktueller Fragen wie Jugendbeschäftigung, Ernährungssicherheit und Sozialschutzsysteme.

Nach einer erfolgreichen konstituierenden Sitzung und konstruktiven Beiträgen zur JAES fand das neue Netzwerk durch seine Erwähnung in der Abschlusserklärung des Gipfels auf höchster politischer Ebene Anerkennung.

Aufbau von Kapazitäten

Der EWSA setzt sich weiter für die Entwicklung des Netzwerks der Interessenträger ein. Im Oktober 2014 fand ein Folgetreffen statt, um mit den Vorbereitungen für den nächsten Austausch des Netzwerks zu beginnen, wobei es schwerpunktmäßig um das Thema der sozialen Absicherung ging. Beide Seiten waren sich einig, dass diese Frage, die zu den im Rahmen der Ziele für die nachhaltige Entwicklung von den Vereinten Nationen formulierten wichtigsten Prioritäten zählt, ein Thema von zentraler Bedeutung ist.

Überdies erarbeitet das Netzwerk mit der Unterstützung des EWSA und finanzieller Hilfe der Europäischen Kommission Programme zum Aufbau von Kapazitäten, die sich an afrikanische Organisationen der Zivilgesellschaft richten.

EWSA-Mitglied Xavier Verboven erklärt hierzu, dass es die Aufgabe des EWSA sei, auf die europäischen Institutionen dahingehend einzuwirken, dass sie die erforderlichen finanziellen und logistischen Mittel bereitstellen, damit die afrikanische Zivilgesellschaft ihre Kapazitäten ausbauen kann. Dies werde für eine stärkere Einbindung der Zivilgesellschaft in den sozialen Dialog, in Verhandlungen über Wirtschaftspartnerschaftsabkommen und in eine Reihe anderer Bereiche sorgen.

„Der EWSA spielt bei der Sicherung der Zukunft Europas mehr denn je eine zentrale Rolle.

SCHLUSSFOLGERUNG

Guter Rat ist wichtig

Die Europäische Union sieht sich großen Herausforderungen gegenüber, sowohl wirtschaftlicher als auch sozialer Art. Um die Krise schnellstmöglich zu beenden, müssen alle Interessenträger und die sie vertretenden Organisationen mobilisiert werden.

Lösungen werden – so plausibel sie sein mögen – ohne die Unterstützung der EU-Bürger keinen Erfolg haben. Die Erfahrung und das Know-how der Akteure der Zivilgesellschaft müssen genutzt werden, um im Interesse aller eine gemeinsame Grundlage mit den Entscheidungsträgern zu finden. Hier geht es um die Qualität und Glaubwürdigkeit der politischen Entscheidungsfindung auf EU Ebene.

Im Vertrag von Lissabon wird bekräftigt, dass die aktive Beteiligung der Zivilgesellschaft und ein transparenter Dialog mit den EU-Institutionen für die künftige Entwicklung Europas von entscheidender Bedeutung ist.

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss ist die Instanz der EU, die täglich direkten Kontakt zur Zivilgesellschaft, bis hin zur lokalen Ebene hat. Er ist daher am besten in der Lage, diesen Dialog zu leiten, die demokratische Legitimität der EU zu stärken und den Organisationen der Zivilgesellschaft die Möglichkeit zu bieten, ihre Standpunkte in allen Bereichen darzulegen. Mit seiner nachweislichen Erfahrung verfügt der Ausschuss über die Instrumente, unterschiedliche Interessen und Erwartungen zusammenzubringen und Konsens und Engagement zu erzielen.

Der EWSA spielt bei der Sicherung der Zukunft Europas mehr denn je eine zentrale Rolle.

EWSA website:
www.eesc.europa.eu

Facebook:
www.eesc.europa.eu/facebook

Twitter:
www.eesc.europa.eu/twitter

You Tube:
www.eesc.europa.eu/youtube

LinkedIn:
www.linkedin.com/company/european-economic-and-social-committee

Copyright Fotos:
Titelseite und Seite 1, 2, 4, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 18, 20, 24, 26, 27, 30, 32, 36, 43: © Shutterstock
Seite 38: © ETP Slovakia, 2014, © IQ Roma servis, 2014
Seite 39: © Reverend Arhcimandrite Athinagoras Loukataris, 2014
Seite 9, 15, 17, 28, 34, 40, 42, 44: © istockphoto

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Rue Belliard/Belliardstraat 99
1040 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

Verantwortlicher Herausgeber: Referat Besuchergruppen/Veröffentlichungen
EESC-2015-21-DE

www.eesc.europa.eu

© Europäische Union, 2015
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Print
QE-04-15-273-DE-C
ISBN 978-92-830-2758-4
doi:10.2864/23032

Online
QE-04-15-273-DE-N
ISBN 978-92-830-2762-1
doi:10.2864/77063

DE